

# mo

30 Jahre **SOS**  
Mitmensch

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 70



**DOSSIER**  
**DEMAGOGIE À LA CARTE -  
DAS ASYLTHEMA IST ZURÜCK**

**SKANDALBEHÖRDE MA 35  
GREIFEN DIE REFORMEN?**

**"KLIMA-KLEBER"  
WORÜBER REDEN WIR  
EIGENTLICH?**

**MAUTHAUSEN-KOMITEE-CHEF  
WILLI MERNYI: IM GESPRÄCH**

3,00€  
DARIN ENTHALTEN  
DIE KOLPORTRAGE



# Was MO-Kolporteur\*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



*PM Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg*

**SOS**  
Mitmensch

JETZT SPENDEN!  
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383  
BIC: GIBAAWXXX



Foto: Karin Wasner

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich

## L Liebe Leserin Lieber Leser

Der Kampf gegen Antisemitismus ist weder links noch rechts, er ist antifaschistisch, sagt Willi Mernyi. Der ausgebildete Starkstrommonteur und leitende Gewerkschafter ist seit über zwei Jahrzehnten Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich. In dieser Funktion hat er einiges erlebt. Im Gespräch erzählt er über die Veränderung antisemitischer Strömungen, wie junge Rechts-extreme heute auftreten und wie ihm Bürger\*innen bei Corona-Demos begegnet sind. Was ihm in Österreich fehlt, sind Aussteigerprogramme für die kleine Szene, die es gibt. Da würde die ÖVP schon lange auf der Bremse stehen. Dabei könnte man hier einiges bewirken. Mehr dazu im Interview mit Willi Mernyi.

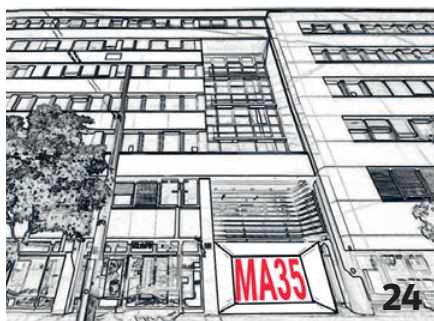
Das Dossier dieser Ausgabe haben wir „Demagogie à la Carte“ genannt, in Anlehnung an Karl Nehammers „Asyl à la Carte“. Corona, Krieg und Inflation sind fast vergessen, das Asylthema dominiert nun wieder das politische Tagesgeschäft. In den Debatten überbieten sich die Mitbewerber\*innen: das „Tabu“ Zaun (Nehammer, Edtstadler) muss fallen, Aufnahmezentren sollen an den EU-Außengrenzen errichtet werden (Rendi-Wagner), Push-backs sollen bei bestimmten Ländern legalisiert werden und die Europäische Menschenrechtskonvention dafür „überarbeitet“ (Wöginger) werden. Im Wissen, dass diese Vorschläge rechtlich kaum realisierbar sind, wird politisches Kleingeld gewechselt. Und wer profitiert? Erraten! Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Gunnar Landsgesell, Chefredakteur





Foto: Milena Österreichischer



Grafik: Anna Johow



Foto: Letzte Generation

## Einstieg

- 2 CARTOON**  
MO und die Abschiebequote.
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**  
... bei fjum-Geschäftsführer Simon Kravagna über die Tücken des neuen Mediengesetzes.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**  
Die FPÖ als Kanzlerpartei? Van der Bellens Verantwortung.
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**  
Prüfbericht von SOS Mitmensch zur MA 35 / Pass Egal Wahl an Schulen / 30 Jahre erfolgreiche Menschenrechtsarbeit

## Dossier: Demagogie à la Carte

- 10 SCHEINDEBATTEN**  
Die Innenpolitik wird wieder vom Asylthema beherrscht. Doch welche Lösungen gibt es jenseits des Populismus tatsächlich?
- 13 ASYLZENTREN AUSSERHALB DER EU?**  
Lässt das EU-Flüchtlingsrecht das zu? Ein Kommentar des Menschenrechtsexperten Manfred Nowak.
- 14 „ICH BIN TRAIKIRCHNER“**  
Besuch einer linken Stadt im schwarz-blauen Niederösterreich.
- 18 IN DIESEM KLIMA IST ES SCHWIERIG**  
Caritas-Wien-Direktor Klaus Schwertner im Gespräch über notwendige Reformen für Geflüchtete und Armutsbetroffene.
- 21 MIGRATION UND ARBEITSMARKT - GEHT DAS?**  
Kommt es durch Migration zu Verdrängungswettbewerben? Ein Kommentar von Markus Koza, Sozialsprecher der Grünen.

## Welt

- 22 EMPFANG IN DER HOFBURG**  
Bundeskanzler Alexander van der Bellen dankte SOS Mitmensch für 30 Jahre Menschenrechtsarbeit.
- 24 KRITIK REISST NICHT AB**  
Christoph Wiederkehr, Stadtrat für Integration, versprach, die Missstände der MA 35 zu beenden. Greift sein Reformprozess?
- 27 WARUM NICHT ETHIKUNTERRICHT?**  
Ein Realgymnasium in Wien separiert Schüler\*innen nach Religion, so der Vorwurf. Aber was steckt dahinter?
- 30 „WIR BRAUCHEN AUSSTEIGERPROGRAMME“**  
Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitee Österreich, über Judenfeindlichkeit und mancherorts positiven Wandel.
- 34 EIN STAU, DER AUFREGT**  
Die „Letzte Generation“ hat die Klimakrise wieder ins Gespräch gebracht. Doch viele diskutieren lieber über deren Protest.
- 37 IMPRESSUM**

## Rubriken

- 38 KOLUMNEN**  
*Martin Schenk:* Zwischen Blendern und Panzern auf zwei Beinen  
*Philipp Sonderegger:* Der Fisch stinkt ...  
*Clara Akinyosoye:* Waldhäusl ist nur die Spitze des Eisbergs
- 43 MEDIEN**  
Was Kindern jetzt gut tut / Black History Month / Afrikanische Europäer / Die vierte Gewalt / Nadel und Folie / Hort / Wie wir nicht sind / Shelter for Ukrainian Artists / Armut / 3 Grad mehr
- 46 ANDERE ÜBER ...**  
*Kommentar:* Amnesty-Leiterin Annemarie Schlack über die Kriminalisierung von Seenotretter\*innen

# PASS EGAL WAHL *AN SCHULEN*



## SALZBURG WÄHLT!

Holt die **Pass Egal Wahl** an eure **Schule!**

Anmeldung für interessierte Lehrer\*innen und Schulleiter\*innen  
bis zum 12. April 2023 an [pass-egal-wahl@sosmitmensch.at](mailto:pass-egal-wahl@sosmitmensch.at)

Weitere Infos unter: [WWW.PASSEGALWAHL.AT](http://WWW.PASSEGALWAHL.AT)

**SOS**  
30 Jahre  
Mitmensch

NACHGEFRAGT

# „Die Krone wird genauso gefördert“

Das neue Mediengesetz soll qualitätvollen Journalismus fördern. Simon Kravagna, Geschäftsführer von fjum – Forum Journalismus und Medien, kann das nicht erkennen.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL



**Das Beinschab-Tool und Inseratenaffären erhöhten den Druck auf die Regierung, das Mediengesetz zu novellieren. Wird der Qualitätsjournalismus dadurch gestärkt?**

Die Änderungen werden zu mehr Transparenz bei der Inseratenvergabe führen. Zudem wird es rund 20 Millionen Euro mehr an Förderungen für Medien geben. Das alles ist positiv. Weiterhin wird es aber deutlich mehr Mittel für Inserate als für die Förderung von Medien geben. Es gibt zudem keine Obergrenze für die Werbeeinschaltungen der Regierung. Ganz pragmatisch lässt sich sagen: Die Regierung setzt einige richtige Schritte. Einen Turbo für die Stärkung von Qualitätsjournalismus kann ich aber wirklich nicht erkennen.

**Sind die Förderkriterien so formuliert, dass kritische, unabhängige Medien tatsächlich gestärkt werden?**

Die Kriterien sind so formuliert, dass vor allem Medien profitieren, die es bereits gibt. Unabhängig davon, welche Art von Journalismus diese betreiben. Die Förderungen werden sich bei Tages-, Wochen- und Monatsmedien vor allem an der Anzahl der nach Kollektivvertrag beschäftigten

Journalist\*innen orientieren. Es wird damit die „Krone“ genauso gefördert werden wie der Falter. Aber auch Medien wie der „Exxpress“ könnten Anspruch auf Förderungen haben. Viele werden sich daher wohl zu Recht fragen, warum das Vorhaben der Regierung den Titel „Bundesgesetz über die Förderung des qualitätvollen Journalismus in Medien des Print- und Online-Bereichs“ trägt.

**Hat die Politik überhaupt Interesse, unabhängige Medien zu fördern?**

Die Politik besteht aus vielen Menschen, Parteien und Fraktionen. Es wird wohl niemand darunter sein, der öffentlich sagen würde, es sollen nur unkritische und abhängige Medien gefördert werden. Tatsache ist nur: Die meisten Politiker\*innen interessieren sich nicht wirklich für Medienpolitik, sondern dafür, wie sie selbst in Medien vorkommen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass Medienpolitik von einem sehr kleinen Kreis gemacht wird, in dem Entscheidungen oftmals in einem Abtausch von Interessen getroffen werden. Das führt oft zu befremdlichen Ergebnissen, wie etwa die geplante Einstellung der Wiener Zeitung als Tageszeitung zeigt.

**Inwiefern profitieren (Online-)Medien und Neugründungen von der Förderung? Reicht das, um die Medienlandschaft neu aufzustellen?**

Online-Medien sollen erstmals gefördert werden. Dafür ist es höchste Zeit. Allerdings sollen laut dem bisher bekannten Entwurf nur digitale Medien gefördert werden, die zumindest 30 Millionen Zeichen pro Jahr an Journalismus produzieren. Für einen qualitätvollen Output in dieser Dimension bräuchte es rund 30 Journalist\*innen. Das ist für junge Medien nicht leistbar. Solche absurden Förderkriterien sollen v. a. dazu dienen, den Kuchen für etablierte Medien abzusichern. Das stellt aber in Wahrheit eine Marktverzerrung dar und behindert Innovation. Obwohl: Ein Medium, das seine Texte von ChatGPT schreiben lässt, hätte wohl gute Chancen, dieses 30-Millionen-Zeichen-Kriterium zu überspringen. Ich bin schon gespannt, ob das dann gilt und wer das kontrollieren wird. Wenn die zuständigen Medienpolitiker\*innen klug sind, wird das 30-Millionen-Zeichen-Kriterium ganz schnell im Papierkorb verschwinden.



## HANDLUNGSBEDARF

# Van der Bellens Verantwortung

Was, wenn die FPÖ bei den nächsten Wahlen Erste wird? Soll der Bundespräsident dann Herbert Kickl mit der Regierungsbildung betrauen? Es wäre ein Dammbbruch.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

**E**s ist nicht das erste Mal, dass die FPÖ bei Umfragen in Führung liegt. Bereits im Sommer 2014 lag sie voran. Ab Frühjahr 2015 setzte die Strache-Partei zum vermeintlichen Siegeszug an, mit einem Umfragen-Rekordwert von 35 Prozent im Juli 2016. Das Blatt wendete sich erst kurz vor der Wahl im Oktober 2017. Die FPÖ wurde Dritte und von Sebastian Kurz in die Regierung geholt. Das Ibiza-Video schleuderte die FPÖ wieder heraus.

Jetzt steht die FPÖ, im Sog von Pandemie, Teuerung und gestiegenen Asyl-antragszahlen, wieder an der Spitze der Umfragen. Das Rezept von Kickls Partei ist einfach: scharfe Oppositionspolitik, die insbesondere bei sozialen Fragen an Neid und Nationalismus appelliert. Unsicherheiten werden verstärkt, Sündenböcke gefunden, Menschen rassistisch aufgehetzt. Ein bekanntes Schema. Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde mit der Frage konfrontiert, ob er Kickl mit der Regierungsbildung beauftragen würde, sollte die FPÖ Erste werden. Seine Antwort sorgte für Aufregung. Van der Bellen verwies auf sein Gewissen und gab deutlich zu verstehen, dass es in Hinblick auf Kickl keinen Automatismus beim Auftrag zur

Regierungsbildung geben werde. Würde der Bundespräsident seine Aussagen in die Realität umsetzen, wäre das ein klarer Bruch mit bisherigen Gepflogenheiten. Es gab in der Zweiten Republik noch keinen Fall, bei dem der Obmann der stimmenstärksten Partei nicht den Auftrag zur Regierungsbildung erhielt. Es gab nur einen Fall, wo dieser Auftrag scheiterte und schlussendlich die drittstärkste Partei, die Schlüssel-ÖVP, den Bundeskanzler stellte.

Es gab allerdings in der Zweiten Republik auch keinen Fall, bei dem ein aktiver Unterstützer der rechtsextremen Szene als Bundeskanzler zur Diskussion stand. Kickl ließ als Leiter des FPÖ-Bildungsinstituts der mit Neonazis und Holocaustleugnern sympathisierenden „Aula“ bezahlte Inserate zukommen. Jetzt unterstützt er mittels Inseraten ein Fanblatt der „Identitären“. Kickl hat die FPÖ radikalisiert, bis hin zu einer auf einer Pressekonferenz seines Generalsekretärs vorgetragenen Fusionierung mit der „Bevölkerungsaustausch“-Ideologie der „Identitären“.

Mit einem Auftrag zur Regierungsbildung an Kickl würde der Bundespräsident ein Signal aussenden, dass es verantwortlich wäre, einen Unterstützer der



Illustration: Petja Dimitrova

rechtsextremen Szene zum Bundeskanzler zu machen. Es wäre dann der unter Korruptionsverdacht stehenden ÖVP überlassen, ob sie so sehr nach dem Justizministerium giert, dass sie Kickl die parlamentarische Mehrheit für seine Kanzlerschaft verschafft. Mehr noch, mit einem Auftrag an Kickl würde Van der Bellen der ÖVP gleich eine argumentative Brücke bauen. Etwa: Nicht wir haben Kickl zum Kanzler gemacht, sondern der Bundespräsident hat ihn mit der Regierungsbildung beauftragt. Wir folgen nur der Notwendigkeit, eine Regierung zu bilden.

Was also soll Van der Bellen tun? Zuerst einmal hoffen, dass die anderen Parteien aus ihrer Lethargie erwachen. Wenn das nicht eintritt, sollte er transparent und gut begründet zuerst die nicht-rechtsextremen Mehrheitskräfte zur Findung einer Regierung auffordern.

Einfach schulterzuckend auszutesten, ob sich unsere Demokratie und unser Rechtsstaat gegen antidemokratische Bestrebungen eines Bundeskanzlers, die sich in Richtung völkische Gesellschaftsordnung und totalem Machtanspruch bewegen, erfolgreich wehren kann, ist nicht Aufgabe des Bundespräsidenten.

## SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK, MAIKO SAKURAI

### JUBILÄUM

## Broschüre zu 30 Jahre Lichtermeer

Im Jänner 1993 gingen in Wien und in anderen österreichischen Städten 300.000 Menschen auf die Straße, um ein Zeichen gegen Rassismus und Sündenbockpolitik zu setzen. Das Lichtermeer war die größte Kundgebung der Zweiten Republik. Anlässlich des Jubiläums hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen sowohl die Gründer\*innen von SOS Mitmensch als auch unser heutiges Menschenrechtsbüro in der Hofburg empfangen und uns mit lobenden Worte für „unzählige leuchtende Zeichen, die gesetzt wurden“, den Rücken gestärkt. Das Lichtermeer war in der Tat ein bedeutender Meilenstein für die österreichische Menschenrechts-Zivilgesellschaft, die seitdem enorm an Breite und

Stärke gewonnen hat. Zeitgleich hat jedoch auch der Aufstieg des Rechtspopulismus stattgefunden. Umso wichtiger ist es, dass es in den vergangenen 30 Jahren immer wieder gelungen ist, wichtige Menschenrechtsanliegen durchzusetzen und die Handlungsspielräume der extremen Rechten einzuzengen.

Dazu hat SOS Mitmensch kürzlich eine Broschüre mit dem Titel „Unrecht

braucht Widerstand!“ herausgebracht. Darin führen wir einige markante menschenrechtliche Erfolge seit dem Lichtermeer an. Darüber hinaus listen wir auf unserer Webseite 70 menschenrechtliche Meilensteine und Erfolge seit der Gründung von SOS Mitmensch auf. Sowohl die Broschüre als auch unsere Erfolgsliste finden sich auf der Webseite von SOS Mitmensch. [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)



Broschüre aus Anlass von 30 Jahre SOS Mitmensch

### BEHÖRDENMISSSTAND

## Prüfbericht von SOS Mitmensch zur MA 35

Bei vielen Menschen bricht Angstschweiß aus, wenn sie an die MA 35 denken. Kaum eine andere Behörde ist so gefürchtet und umstritten wie die Wiener Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsbehörde.

SOS Mitmensch hat kürzlich erstmals einen umfassenden Prüfbericht über die MA 35 erstellt. Unser Fazit: Es gibt in Teilbereichen Reformschritte, doch diese sind bei Weitem nicht ausreichend. Viele Probleme sind noch immer erdrückend. Eine umfassende Neuaufstellung tut dringend not! Unser Bericht identifiziert fünfzehn



Gemeinsam mit Expert\*innen präsentierte SOS Mitmensch einen Bericht zur MA 35

Problembereiche. So muss etwa aufgrund von fehlenden Terminen bis zu zwei Jahre auf den effektiven Start eines Staatsbürgerschaftsverfahrens gewartet werden. Fallbezogene Auskünfte sind Mangelware, der Verlust von Do-

kumenten hingegen keine Seltenheit. Hinzu kommen die unübersichtliche Online-Aufbereitung von Informationen sowie teilweise diskriminierendes Verhalten von Mitarbeiter\*innen.

Ein Riesensproblem ist auch die extrem restriktive und komplizierte Gesetzeslage in Österreich. Doch der Anspruch einer Behörde muss es sein, aus der Gesetzeslage das Beste zu machen und nicht Klient\*innen reihenweise zum Verzweifeln zu bringen.

Unseren vollständigen Prüfbericht zur MA 35 finden Sie auf der Webseite von SOS Mitmensch.



## DEMOKRATIE

## 523 Stimmen bei der Pass Egal Wahl in NÖ

Noch nie waren in Niederösterreich so viele Menschen von einer Wahl ausgeschlossen. Über 165.000 Niederösterreicher\*innen im Wahlalter durften bei der Landtagswahl nicht ihre Stimme abgeben. Das sind 11,4 Prozent der Bevölkerung. Unter den Nichtwahlberechtigten waren auch mehr als 10.000 in Österreich geborene Menschen im Wahlalter.

Mehrere lokale Initiativen nahmen das zum Anlass, um gemeinsam mit SOS Mitmensch erstmals eine niederösterreichische Pass Egal Landtagswahl abzuhalten. In Bad Vöslau, Baden, Gablitz, Hainfeld, Klosterneuburg, Neulengbach, Purkersdorf, Scheibbs und Wolkersdorf wurden Wahllokale eröffnet.

Trotz teils widriger Wetterbedingungen nutzten 523 Niederösterreicher\*innen mit Pässen aus 36 Ländern die symboli-



Pass Egal Wahl in Baden bei winterlichen Verhältnissen. Organisiert von #zusammenhalt NÖ

sche Wahlgelegenheit, darunter mehr als 300 österreichische Staatsbürger\*innen, die ihre Solidarität mit Menschen, die kein Wahlrecht haben, zum Ausdruck brachten. Die Grünen konnten 42 Prozent der Stimmen erringen, gefolgt von der SPÖ mit 25 Prozent, der ÖVP und den Neos mit je 14 Prozent und der FPÖ mit 4 Prozent. Das Ergebnis ist nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Niederösterreicher\*innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft.

Es war die insgesamt neunte Pass Egal Wahl in Österreich. Unser Kampf für einen fairen Zugang zum Wahlrecht und zur Staatsbürgerschaft für hier lebende Menschen geht mit Hochdruck weiter!

## SCHULEN

## Gelebte Demokratie in den Klassenzimmern

Mehr als 17 Prozent der Schüler\*innen im Wahlalter dürfen bei den kommenden Landtagswahlen in Salzburg nicht wählen. Aufgrund ihres nicht-österreichischen Passes sind sie von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen.

Es wird zunehmend sichtbar, dass traditionelle Vermittlungskonzepte an ihre Grenzen stoßen. Lehrer\*innen, die den Jugendlichen im Demokratie-Unterricht klarmachen sollen, dass „ihre Stimme zählt“, sind mit der Situation konfrontiert, dass dies oft für einen großen Teil der Klasse nicht zutrifft.

Daher hat SOS Mitmensch das Projekt „Pass Egal Wahl an Schulen“ entwickelt. SOS Mitmensch stellt ein Instrumentarium zur Verfügung, um mit Schüler\*innen das Dilemma des Wahlausschlusses zu diskutieren und begleitet Schulen dabei, die Simulation einer demokratischen Wahl durchzuführen. Das erfolgreiche Konzept wurde 2022 erstmals bundesweit an über 50 Schulen umgesetzt. Insgesamt nutzten 4525 Schüler\*innen die symbolische Wahlgelegenheit.

Infos und Anmeldeöglichkeiten für Schulen: [www.passegalwahl.at](http://www.passegalwahl.at)

## Save the date: Ute Bock Preis am 22. Mai

SOS Mitmensch verleiht zum achtzehnten Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Geehrt werden Personen und Initiativen, die sich mit außergewöhnlichem Einsatz und Courage um die Einhaltung der Menschenrechte verdient gemacht haben. Der diesjährige Preis wird am 22. Mai im Wiener Rathaus überreicht. Weitere Infos folgen.

## Anzeige gegen Kärntner Lokalbesitzer

Ein Gastronom in Kärnten hat auf Social Media verkündet, dass er keine „Araber“ mehr bewirten werde. Ein klarer Fall von rassistischer Diskriminierung. Doch in diversen Medien wurde der Gastronom verharmlosend als „Wut-Wirt“ dargestellt. SOS Mitmensch hat bei der Bezirkshauptmannschaft eine verwaltungsrechtliche Anzeige eingebracht.

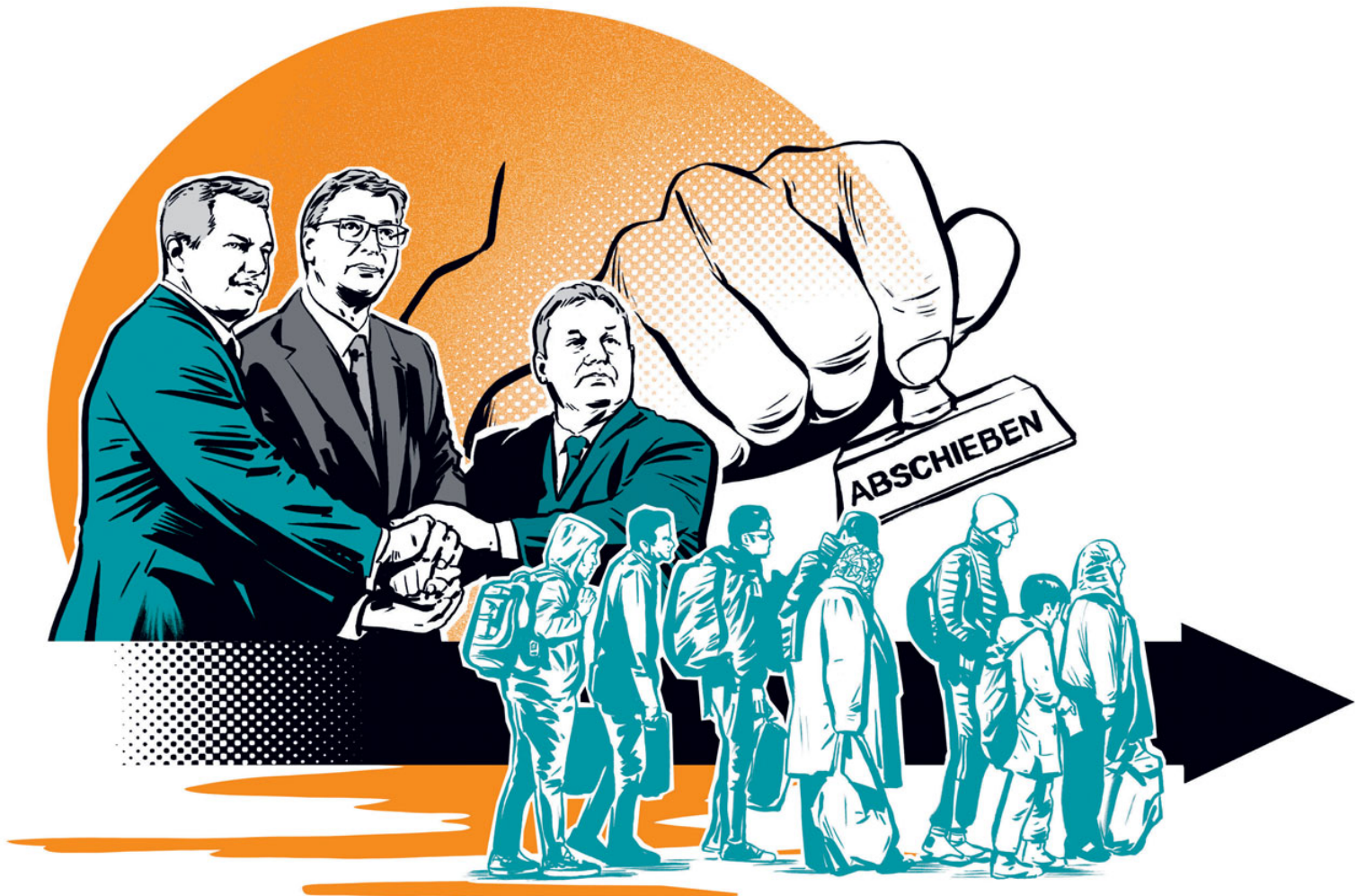
## Fehlendes Durchgreifen bei Polit-Rassismus

Der niederösterreichische Landesrat Gottfried Waldhäusl hat vor laufender Kamera Schüler\*innen in rassistischer Weise herabgewürdigt. Dennoch wurden ihm von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und ihrer Fraktion nicht umgehend die Kompetenzen als Asyl- und Integrationslandesrat entzogen. Ein verheerendes Signal, insbesondere gegenüber den Schüler\*innen.



SOS Mitmensch fordert: Kein Rassist als Integrationslandesrat!

# DEMAGOGIE À LA CARTE



Populismus: Bundeskanzler Nehammer will mit Serbiens Präsident Vucic und Ungarns Ministerpräsident Orbán den „Asyltourismus“ stoppen.

Die Asylanträge sind letztes Jahr in Rekordhöhe gestiegen. Von politischer Seite wird Stimmung gemacht und an Grundrechten gerüttelt. Doch vieles sind Scheindebatten.

*Text: Milena Österreicher  
Illustration: P.M. Hoffmann*



**M**itte November 2022 legen Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, der serbische Präsident Aleksandar Vučić sowie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Hände für ein Pressefoto zusammen. Ein Team, das die verstärkte Zusammenarbeit in Sachen Migration und gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität besiegelt. Karl Nehammer spricht davon, dass das Asylsystem der EU gescheitert sei und „Asyl à la Carte“ beendet werden müsse. In den vorangegangenen Wochen waren die Asylanträge in Österreich in die Höhe geschossen.

Bundeskanzler Nehammer ist nicht der Erste, der sich dieser Rhetorik bedient. Doch von „Asyl à la Carte“ zu sprechen, hält die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger von der Wirtschaftsuniversität Wien für zynisch: „Flucht ist inhärent, dass sie unfreiwillig passiert.“ Dass viele Menschen einen Antrag in Österreich stellten, sei auch der geografischen Lage geschuldet und der Tatsache, dass andere Länder die Menschen durchließen.

### Rekordzahlen

Einen Tag nach den niederösterreichischen Landtagswahlen veröffentlicht das Innenministerium die vorläufigen Statistiken für das vergangene Jahr. Zwei Rekorde wurden erreicht: Noch nie haben in den vergangenen Dekaden so viele Menschen Asylanträge gestellt, in Zahlen 108.781. Mehr als etwa im Jahr 2015 mit 88.340 Anträgen.

Gleichzeitig wurden aber auch noch nie so viele Verfahren – bisheriger Stand: 40.000 – wieder eingestellt, weil die Menschen Österreich bereits verlassen hatten. Lukas Gahleitner-Gertz, Sprecher und Asylrechtsexperte der asylkoordination, rechnet mit 60.000 bis 70.000 eingestellten Verfahren, weil es eine Verzögerung von etwa zwei bis drei Monaten bei den Einstel-

lungen gebe. Damit wäre die Zahl der Asylantragssteller\*innen, die hierzulande geblieben sind, nur moderat höher als die rund 40.000 Anträge im Jahr 2021.

### Auf Durchreise

Unter den Herkunftsländern liegt nach Afghanistan Indien, gefolgt von Syrien, Tunesien und Marokko. Von den 19.504 Inder\*innen, die einen Antrag stellten, blieben nur rund 400 in der Grundversorgung. Für die meisten ist Österreich ein Zwischenstopp, wenn sie aufgehalten werden. Ein Rückgang der Asylanträge wird erwartet, da es seit Anfang des Jahres wieder eine Visumpflicht in Serbien gibt. Insgesamt wurde im vergangenen Jahr in 13.371 Fällen Asyl gewährt. Knapp 5.500 Verfahren endeten mit subsidiärem Schutz, rund 2.400 mit einem humanitären Aufenthaltstitel. Rund ein Viertel der Asylanträge wurde abgelehnt, wobei hier auch jene mit subsidiärem Schutz inkludiert sind.

### Versorgungsfrage

Ein Anstieg ist bei der Grundversorgung zu sehen: 93.000 Menschen waren es 2022, im Jahr davor 30.000. Allerdings waren davon rund 56.000 Geflüchtete aus der Ukraine, die zu einem Großteil in privaten Unterkünften untergekommen sind.

Die Grundversorgung – und mit ihr v. a. die Frage der Unterkünfte – ist ein Dauerbrenner in der öffentlichen Debatte. Die Bundesländer – mit Ausnahme von Wien und dem Burgenland – erfüllten ihre Aufnahmequote nicht. Es gab und gibt zu wenig Quartiere. Im Herbst wurden Zelte aufgestellt. Eine „Asylkrise“ konnte Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser damals nicht erkennen. Nur eine „Unterbringungs Krise“, und die sei dem Kalkül des Innenministeriums geschuldet. Moser: Die Bilder erweckten „den Eindruck einer Asylkrise, die es nicht gibt“.

### Ideenreich

In der Politik wird indes nicht an Vorschlägen gespart, wie mit der vermeintlichen Asylkrise umzugehen sei. Einen Zaun, eine Mauer um Europa, fordert Europaministerin Karoline Edtstadler (ÖVP). Eine „Festung Österreich“ bewirbt die FPÖ im NÖ-Wahlkampf. Sie punktete damit und gewann zehn Prozentpunkte hinzu. Einer ATV-Umfrage von November 2022 zufolge sehen Menschen österreichweit die größte Kompetenz beim Thema Zuwanderung bei der FPÖ. Aber nicht nur ihre Wähler\*innen, sondern auch jede\*r fünfte rote und türkise Wähler\*in. „Die FPÖ bietet einfache Lösungen für komplexe Probleme, ohne beweisen zu müssen, dass sie es besser kann“, kommentiert das asylkoordination-Sprecher Gahleitner-Gertz. Und wenn doch, sehe es anders aus: Unter keinem Innenminister seit 2015 bekamen etwa so viele Afghan\*innen einen Aufenthaltstitel wie unter Herbert Kickl. 7.400 waren es in der Kickl-Periode, unter dem aktuellen Innenminister Gerhard Karner waren es im Vorjahr nur mehr die Hälfte.

### Rütteln an Grundrechten

ÖVP-Klubchef August Wöginger ließ im November 2022 aufhorchen, als er sich eine Überarbeitung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wünschte. Innenminister Karner zieht im Jänner nach und fordert eine neue EU-Zurückweisungsrichtlinie, um die Zahl der Asylanträge zu senken. Eine Richtlinie, die erlaube, Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten ohne Einzelfallprüfung zurückzuweisen. EU-Rechtsexperte Walter Obwexer stellt im „Kurier“ klar, dass dies gar nicht möglich sei. Pauschale Abweisungen würden das Recht auf einen Asylantrag untergraben.

Der Völkerrechtler Ralph Janik schreibt im „Standard“ zum Abänderungswunsch der EMRK: „Wer aus der Men-



J. Kohlenberger: Flucht passiert unfreiwillig.



L. Gahleitner-Gertz: kritisiert einfache Lösungen.

schenrechtskonvention austreten möchte, würde in letzter Konsequenz einen EU-Austritt in Kauf nehmen.“ Die EMRK schränkt tatsächlich den staatlichen Spielraum bei Abschiebungen ein, da diese nicht zu einer Verletzung des Verbots von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung führen dürfen. Ähnliches ergibt sich aber auch aus anderen Abkommen: der Antifolterkonvention, dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der EU-Grundrechtecharta. In der Praxis scheitern viele Rückführungen an fehlenden Übereinkommen bzw. mangelnder Kooperation der Herkunftsländer.

### Politisches Spiel

Die Abgrenzung von Migrant\*innen, von „den Fremden“, lässt sich in verschiedenen Perioden der Geschichte beobachten, meint der Historiker Philipp Ther, der 2017 das Buch „Die Außen-seiter – Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa“ publizierte. „Migration als Wahlkampfthema, so wie wir es heute kennen, ist in Österreich seit dem sogenannten Ausländervolksbegehren 1993 präsent“, beschreibt er. Warum wird mit dem Thema politisiert? „Es geht um eine Gruppe Menschen, die nicht stimmberechtigt ist“, sagt Lukas Gahleitner-Gertz. Das Thema eigne sich als Sündenbockpolitik. „Natürlich haben nicht alle Menschen automatisch Recht auf Asylgewährung, aber jede:r hat das Recht auf ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung.“ Menschenrechtsinstrumente, wie die Europäische Menschenrechtskonventi-

on oder die Genfer Flüchtlingskonvention, sind nach den Gräueln des Zweiten Weltkrieges entstanden. „Bei den Menschen verblasst aber der Eindruck, warum diese fundamentalen Rechte, die uns alle schützen, so wichtig sind“, meint der Asylrechtsexperte, „es wird daran gerüttelt, weil wir sie gerade selbst nicht in Anspruch nehmen müssen“.

### Zukunftswege

Dass es Handlungsbedarf gibt, sind sich alle einig. Auf EU-Ebene wünscht sich Migrationsexpertin Judith Kohlenberger ein gemeinsames System, wie es in Ansätzen bereits mit der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) vorangetrieben wird. Faire, schnelle, vereinheitlichte Asylverfahren auf EU-Boden mit einer Verteilungsquote bei positivem Ausgang. Das würde die unterschiedlichen Anerkennungsquoten in den EU-Mitgliedsländern angleichen sowie den derzeitigen Versuch der Nationalstaaten, sich in den Aufnahmebedingungen zu unterbieten, unterbinden. Weiters brauche es Resettlement-Programme. Die Expert\*innen-Kommission für Fluchtfolgenforschung, die von der deutschen Bundesregierung eingesetzt wurde, schlägt eine jährliche Resettlement-Quote von 0,05 Prozent der Gesamtbevölkerung für jedes EU-Land vor. In Österreich wären dies knapp 5000 Personen pro Jahr. „Das ist wenig, aber ein Start“, sagt Kohlenberger.

### Optionen schaffen

Wenn man unterbinden wolle, dass auf die Asylschiene auch Menschen kom-

men, die eigentlich der Arbeitsmigration zuzurechnen sind, müsse man Wege öffnen und sie anders regulieren. „Die Rot-Weiß-Rot-Karte wurde zwar reformiert, aber für Personen im niedrig qualifizierten Bereich ist sie immer noch fast unmöglich zu bekommen“, berichtet Kohlenberger. Nur durch Diversifizierung der Einreisemöglichkeiten könnten Migrationsströme sich besser steuern lassen. „Die Rigidität, die wir momentan haben, macht uns unflexibel“, meint die Forscherin.

Derzeit mangelt es in Österreich branchenübergreifend an Arbeitskräften. Der Historiker und Leiter des Forschungszentrum für die Geschichte von Transformationen, Philipp Ther, wundert sich, dass es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist, ein positiveres Bild von Migration zu zeichnen. „Man muss Argumentationsmodi finden, nicht nur aus humanitärem Interesse, sondern auch im Interesse unseres Wohlstands“, sagt er. Gerade jetzt sei dies bei dem Arbeitskräftemangel eine Chance. Immerhin ist auch der Großteil der Asylantragssteller\*innen jung. Im Vorjahr waren knappe 70 Prozent zwischen 18 und 35 Jahren.

### Pflaster-Politik

Bisher wird laut Kohlenberger nur auf kurzfristige Lösungen gesetzt: „Man hat jahrelang verabsäumt, nachhaltige Lösungen zu finden“. Anfang Februar gab sie gemeinsam mit Othmar Karas das Buch „So schaffen wir das – Wie wir das Thema Asyl & Migration dem linken und rechten Rand abnehmen und die Krise überwinden“ heraus. In der Einleitung schreibt Karas: „Verantwortungsvolle Politik muss nach gemeinsamen europäischen Lösungen suchen. Wenn dies nicht erfolgreich gelingt, sind nicht die asylsuchenden Menschen schuld, sondern der mangelnde politische Wille der in Verantwortung stehenden Politiker.“ Ob das Buch bereits beim Herrenteam aus Österreich, Ungarn und Serbien eingelangt ist, ist nicht bekannt.



## KOMMENTAR

# Asylzentren außerhalb der EU?

Versuche, Menschen auf eine Insel oder in ein anderes Land zu bringen, um dort das Asylverfahren durchzuführen, wurden bislang immer gestoppt. Das Flüchtlingsrecht der EU ist diesbezüglich eindeutig.

KOMMENTAR: MANFRED NOWAK



**A**ngesichts der hohen Zahlen von Asylanträgen wird in der politischen Diskussion immer wieder der Vorschlag gemacht, diese Personen auf eine Insel oder ein sonstiges Land außerhalb der EU zu bringen, um dort das Asylverfahren durchzuführen bzw. abzuwarten. Dieser Vorschlag ist keineswegs neu. Schon in den frühen 2000er-Jahren hat Tony Blair angeregt, die EU möge „Transit processing centres“ (z.B. in Tansania) einrichten, wo Flüchtlinge den Ausgang ihres Asylverfahrens abwarten sollten. Da dies mit dem EU-Recht unvereinbar war, wurden diese Pläne nicht realisiert. Aber nach dem Brexit hat die konservative britische Regierung nun einen Vertrag mit Ruanda abgeschlossen, wo gegen teures Geld (120 Millionen Pfund) Flüchtlinge abgeschoben werden sollen, um ihr Asylverfahren in Ruanda durchzuführen. Bei positivem Ausgang sollen sie auch dort bleiben. Bislang wurde allerdings noch niemand nach Ruanda geschickt, weil es gegen dieses „Outsourcing“ schwere rechtliche und ethische Bedenken gibt.

Demgegenüber hat Australien seit den frühen 2000er-Jahren mehr als 4.000 Asylsuchende einschließlich Kinder nach Nauru und auf die Insel Manus in

Papua Neu Guinea gesendet, wo sie unter unmenschlichen Haftbedingungen bis zu fünf Jahre auf ihren Asyl- oder Aufenthaltsbescheid warten mussten. Viele Menschen sind gestorben oder haben Selbstmord begangen. 2021 hat schließlich das Höchstgericht in Papua Neuguinea diese Praxis für illegal erklärt. Auf Grund der von mir geleiteten „UN Global Study on Children Deprived of Liberty“ 2019, welche die Migrationshaft von Kindern generell als Verletzung der Kinderrechtskonvention qualifizierte, hat die australische Regierung schnell reagiert und zumindest Kinder aus Nauru zurückgeholt.

2014 hat Israel ein Gesetz erlassen, wonach abgewiesene Asylsuchende (vor allem aus dem Sudan und Eritrea) vor die Wahl gestellt wurden, entweder in ihr Heimatland zurückzukehren oder nach Ruanda oder Uganda abgeschoben zu werden. Nachdem rund 20.000 Menschen abgeschoben wurden, hat der Oberste Gerichtshof Israels diese Praxis 2019 untersagt.

Auch die EU wurde mit Recht dafür kritisiert, dass sie die libysche Küstenwache finanziert hat, damit diese Flüchtlinge im Mittelmeer zurückgeholt und in berüchtigte Internierungslager in Libyen gesteckt hat bzw. sie nach Niger oder

Ruanda abgeschoben hat. 2021 hat auch Dänemark Gespräche mit Ruanda aufgenommen, was allerdings von den Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission heftig kritisiert wurde.

Denn das Flüchtlingsrecht der EU ist diesbezüglich eindeutig. Gemäß der Asylverfahrensrichtlinie 2013 haben alle Personen, die in einem Mitgliedsland der EU, an der Grenze, in Hoheitsgewässern oder Transitzonen um internationalen Schutz vor Verfolgung (also um Asyl gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention oder um subsidiären Schutz) ansuchen, das Recht auf Aufenthalt in diesem Staat bis die Asylbehörde zumindest in erster Instanz über diesen Antrag entschieden hat. Falls diese Person vorher in einem anderen EU-Staat war, kann sie gemäß der Dublin-Verordnung in diesen EU-Staat abgeschoben werden, aber keineswegs in ein Land außerhalb der EU. Falls nicht, dann hat sie das Recht auf Aufenthalt bis zur Entscheidung über den Asylantrag.

*Manfred Nowak ist Professor für Menschenrechte in Wien und Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig.*

# „ICH BIN TRAISKIRCHNER“

Das sagt ein Familienvater stolz, der 2014 aus Syrien geflohen ist und hier eine neue Heimat gefunden hat. Traiskirchen zeigt sich als linke Stadt im schwarz-blauen Niederösterreich. Bürgermeister Andreas Babler fährt damit Wahlerfolge ein. Ein Lokalausweis.

Reportage: Milena Österreicher

**N**ähert man sich der Ortseinfahrt Traiskirchens, zeigt ein Pfeil links zum Garten der Begegnung. Ein Projekt, wo Geflüchtete und Einheimische seit 2015 gemeinsam einen riesigen Garten bewirtschaften und den Stadtbewohner\*innen günstiges Obst und Gemüse bieten. Ein paar Meter weiter beginnt die lange, rote Ziegelsteinmauer, hinter der sich das Erstaufnahmezentrum aufbaut. Zwei Straßen entfernt steht heute an der Ecke ein weißer Lieferwagen einer Tischlerei. Er gehört Delshad Bazari, der im großen Wohnhaus nebenan lebt.

Der Kurde ist am 12. Oktober 2014 nach Traiskirchen gekommen. Von Syrien über die Türkei, Bulgarien, Serbien und Ungarn ist Bazari nach Österreich geflohen. Sein Ziel? Ein Land mit Sicherheit. Drei Tage verbrachte er in der Erstaufnahmestelle, wo geprüft wird, ob Österreich für die Antragsteller\*innen zuständig ist. Danach kam der Syrer nach Grimmenstein, später nach Wien.

Nach 39 Tagen erhält er einen positiven Bescheid. Wichtige Daten wie diese haben sich Bazari im Gedächtnis eingebrannt. Ein Jahr später gelingt es ihm, seine Frau und die drei Kinder nachzuholen. Heute sitzt er auf dem dunkelroten Sofa seiner Wohnung in Traiskirchen und erzählt.

---

## **FAMILIE BAZARI: IM GEGENSATZ ZU WIEN HAT DIE FAMILIE HIER SCHNELL ANSCHLUSS GEFUNDEN.**

---

### **Ankommen**

„Ich bin jetzt Traiskirchner“, sagt der Familienvater mit Stolz. Im Gegensatz zu Wien hat die Familie hier schnell Anschluss gefunden, vor allem durch Projekte wie dem Garten der Begegnung oder connect.traiskirchen, das bis 2016 Freizeitangebote in der ehemaligen Semperit-Halle bot. „Ich habe anfangs nur durch den Kontakt mit den Menschen Deutsch gelernt“, berich-

tet Bazaris Frau, Rouken Al Suleiman. Von ihrem Küchenfenster aus blicken die beiden auf den Eingangsbereich des Flüchtlingszentrums. Hier trafen sich auch ab Herbst die vielen Menschen, die Schlange standen, um Essen zu bekommen, Menschen, die an der falschen Adresse gestrandet waren, Menschen, die nicht wissen, wo sie die Nacht verbringen sollen.

### **Quartiernot**

Im Vorjahr war die Zahl der Asylanträge in Rekordhöhe geschossen. Knapp 109.000 Personen suchten um Asyl an. Heute weiß man, dass etwa die Hälfte der Verfahren wieder eingestellt wurde, da die Menschen weitergezogen waren. Die Grundversorgung war dennoch bis ans Spitzenmaß belastet, auch wegen der geflüchteten Ukrainer\*innen, die allerdings zu einem Großteil in Privatquartieren unterkamen. Die Bundesländer – mit Ausnahme von Wien und dem Burgenland – erfüllten





In Traiskirchen ist eine von zwei Erstaufnahmestellen für Asylwerber\*innen in Österreich angesiedelt. Das Zusammenleben funktioniert gut.





Delshad Bazari und Rouken al Suleiman: stehen so oft wie möglich vor dem Asylzentrum und schenken Tee aus, verteilen Kuchen und unterstützen die Neuankömmlinge.

ihre Aufnahmequote nicht. Quartiere fehlen, es reibt sich unter anderem an der Finanzierung. Diese erfolgt bei den Grundversorgungsplätzen über Tagsätze: Unterkunftgeber\*innen bekommen pro Person pro Tag maximal 25 Euro. Eine Summe, die für Unterkunft sowie Verpflegung kaum reicht. So schlossen viele nicht voll ausgelastete Quartiere in den vergangenen Jahren.

Seit August des Vorjahres stehen Delshad Bazari und Rouken Al Suleiman nach Möglichkeit täglich vor dem Zentrum, schenken Tee aus, verteilen Kuchen, unterhalten sich mit den Menschen. Wenn jemand nicht weiß, wo er oder sie die Nacht verbringen soll, versuchen sie, ein Notquartier für eine Nacht zu organisieren.

### Gestrandet

Auch heute steht ein Junge vor dem Eingang des Zentrums. Yasin B. ist 20 Jahre alt, vor eineinhalb Monaten kam der Iraker nach Österreich. Er sagt, er sei von Wien nach Traiskirchen geschickt worden, dann gab es einen Transfer nach Klagenfurt und nun wieder nach Traiskirchen zurück. Man sagte ihm, es gebe ein Problem mit dem System. Eigentlich ist er seit Ende Dezember aus der Grundversorgung abgemeldet, die Erstaufnahmestelle kann er dement-

sprechend nicht mehr betreten.

Er weiß nicht, was er tun soll. Bibbernd steht er in einer dünnen schwarzen Daunenjacke auf dem Gehsteig. Der Thermostat zeigt vier Grad. „Ich habe seit zwei Tagen nichts mehr gegessen“, erzählt er. Delshad Bazari legt ihm kurz die Hand auf die Schulter, sagt, er werde sich darum kümmern.

„Wenn ich jemanden sehe, der Hilfe braucht, kann ich nicht ruhig bleiben“, erklärt Bazari später. Er erinnert sich an

### **DIE ZAHLEN IM ERSTAUFNAHMEZENTRUM WERDEN VOM INNENMINISTERIUM KÜNSTLICH HOCHGEHALTEN.**

seine Fluchtversuche in der Türkei, daran, dass er vor seiner Familie vom türkischen Militär geschlagen worden war. „Ich kann es nicht mit ansehen, wenn Menschen unter ihrer Würde behandelt werden“, sagt er.

### Humaner Zugang

Für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten setzt sich auch Traiskirchens Bürgermeister Andreas – von allen nur „Andi“ genannt – Babler ein. Und das erfolgreich. Babler erreicht Wahlergebnisse, für die ihn die Bundes-SPÖ wohl beneidet. Knapp

47 Prozent, ein Plus von rund 4 Prozentpunkten, waren das Ergebnis der heurigen Landtagswahl für die SPÖ in Traiskirchen. Auch an Vorzugsstimmen räumte er als Listenletzter ab und kam auf 21.247 Vorzugsstimmen. Der Spitzenkandidat in Niederösterreich, Franz Schnabl, erhielt gerade einmal 3.000 Stimmen mehr.

Im Rathaus am Hauptplatz der rund 21.000 Einwohner\*innen zählenden Stadtgemeinde empfängt der Bürgermeister in Jeans und grauer Weste mit einem Löwen-Emblem den Basketballverein „Traiskirchen Lions“, der in der Bundesliga spielt. „Die Zahlen im Erstaufnahmезentrum werden vom Innenministerium künstlich hochgehalten, das die Stelle betreut“, sagt Babler Ende Jänner, eine Woche vor der niederösterreichischen Landtagswahl, während neben ihm die letzten Wahlplakate aufgerollt werden. „Mut und Haltung“ ist sein Slogan.

Er lese jeden Tag im Teletext von den Vertreibungen, Anschlägen und Hinrichtungen. „Es ist nicht lustig, wenn du heute in Afghanistan lebst oder in Syrien verfolgt wirst“, sagt Babler. Neulich habe er Kopten, die aus Ägypten geflohen sind, im Ort kennengelernt. „Flucht hat Ursachen, das darf man nicht aus den Augen verlieren.“

In seinen Jugendjahren besuchte Babler mit der Sozialistischen Jugend immer wieder Flüchtlingslager im Ausland: im Südlibanon, in Algerien, in Mauretanien. „Das sind andere Dimensionen als in Europa“, sagt der SPÖ-Politiker. Sehr eindrucksvoll sei das gewesen. „Da erscheinen die Zahlen und Aufgabenstellung in Österreich gering – und trotzdem wird so ein Theater gemacht“, meint er.

### Rat aus Traiskirchen

Immer wieder bekomme er Anrufe von Bürgermeister\*innen – hauptsächlich aus der eigenen Partei, ab und an auch von anderen –, die ihn um Rat fragen, wenn ein Flüchtlingsquartier in ihrem





Bürgermeister Andi Babler wird immer wieder als Beispiel herangezogen, wenn es darum geht, wie Parteien gegenüber der erstarkenden FPÖ punkten können.

Ort geplant wird. Das Problem sei oftmals das Vertrauen, das die Politik verspielt hat, und das andere Gemeinden in der Gemeinde Traiskirchen noch sehen würden.

Rund 1.600 Menschen waren laut Innenministerium zuletzt im Erstaufnahmelager untergebracht. „Vereinbart waren maximal 500 Personen, wo noch eine menschliche Betreuung möglich ist“, berichtet der Bürgermeister. Sein Tipp an die Kolleg\*innen? Gute Personal- und Versorgungsschlüssel aushandeln, eine Tagesstruktur bieten. „Die Menschen sind bei den langen Wartezeiten ja zum Nichtstun verdammt.“

Dank des schnellen positiven Bescheids konnte der Syrer Delshad Bazari damals rasch bei einem Tischlereibetrieb andocken. Kontakte und Unterstützung bekam er über den Garten der Begegnung. 2018 machte er sich selbstständig. Es laufe gut, berichtet er, nur die Pandemie-Jahre waren etwas schwierig.

Seit er und seine Familie in Europa sind, merkt er den ständigen Fokus der Politiker\*innen auf den Geflüchteten –

---

**WIR MÜSSEN  
KONSEQUENT UND  
GLAUBWÜRDIG SEIN.  
ANDREAS BABLER**

---

von Erdogan in der Türkei bis zur FPÖ in Österreich. „Ich würde manche Parteien gern fragen: Angenommen, es gebe keine Flüchtlinge mehr weltweit, was wäre dann euer Programm?“

**Abgrenzung gegen rechts**

Bürgermeister Andi Babler wird auch deshalb immer wieder als Beispiel herangezogen, wenn es darum geht, wie Parteien gegenüber der bundesweit wieder erstarkenden FPÖ punkten können. Er spricht über Pflege, Bildung und das Recht auf ein würdiges Leben für alle. Initiativen wie „Der gute Laden“, der für

Menschen mit schwachem Einkommen da ist; ein wöchentlicher Friedhof-Fahrtendienst, den Ehrenamtliche möglichst machen; oder „Traiskirchen hilft“, ein Einkaufs- und Bringdienst, der in Corona-Zeiten entstanden ist, punkten.

Bei der letzten Gemeinderatswahl 2020 gewann die Babler-SPÖ fast 72 Prozent der Stimmen, ÖVP und FPÖ lagen mit elf bzw. zehn Prozent abgeschlagen dahinter. „Wir müssen konsequent und glaubwürdig sein“, sagt Babler. Eine gefestigte Haltung fehle seiner SPÖ auf Bundesebene, aber auch anderen Parteien.

Während sich die politischen Diskursmühlen weiterdrehen, bereiten Delschad Bazari und Rouken Al Suleiman die Verpflegung für den kommenden Tag vor. „Wir können einfach nicht stillsitzen“, sagt der Traiskirchner. Ende Jänner wurden die beiden mit dem Goldenen Ehrenzeichen zu Ehrenbürger\*innen der Stadt ernannt.

# IN DIESEM KLIMA IST ES SCHWIERIG, REFORMEN VORANZUBRINGEN

Während die Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft gegenüber Geflüchteten oder Armutsbetroffenen groß ist, lässt diese auf politischer Ebene zu wünschen übrig, beobachtet Klaus Schwertner. Der Caritas-Direktor der Erzdiözese Wien im Gespräch über multiple Krisen, politische Instrumentalisierungen und über den weiterhin starken sozialen Zusammenhalt in Österreich.

*Interview: Valentine Auer*

**Einmal mehr erleben wir in Österreich eine Unterbringungskrise. Seit Monaten weist die Zivilgesellschaft auf politische Versäumnisse bei der Unterbringung von Geflüchteten hin – auch die Caritas. Von welchen Versäumnissen sprechen wir?**

Das System der Grundversorgung ist chronisch unterfinanziert und wäre ohne das enorme Engagement der Zivilgesellschaft schon längst zusammengebrochen. Grund dafür ist eine föderale Solidaritätskrise. Bund und Länder sind gemeinsam für die Basisversorgung von Geflüchteten verantwortlich. Wir leben in einer Zeit multipler

Krisen, eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten wäre mit einem entsprechenden politischen Willen dennoch möglich. Um die Grundversorgung nachhaltig zu reformieren, braucht es etwa Schnellverfahren für Menschen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit, eine gesonderte Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen oder eine sinnvolle Unterstützung der Gemeinden.

**Gibt es Möglichkeiten, diese föderale Krise zu durchbrechen?**

Es gibt die sogenannte 15a-Vereinbarung, die die Zuständigkeit im Zusam-

menspiel von Bund und Ländern regelt. Der Bund hat zahlreiche Quartiere geschaffen, während die Länder ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Es gibt zwar Unterbringungsquoten für jedes Bundesland, aber nur Wien und das Burgenland erfüllen die Quote. Ich kenne sonst wenige Vereinbarungen, die ohne jegliche Konsequenzen einfach nicht eingehalten werden. Eine weitere historische Konstante, die wir derzeit erleben: Politiker\*innen instrumentalisieren das Thema Flucht und Asyl, weil sie glauben, Wählerstimmen damit zu generieren. Das geht so weit, dass mit falschen Zahlen kommuniziert





K. Schwertner begrüßt, dass Geflüchtete aus der Ukraine frei reisen können. Am Ende des Tages dürfe aber keine Zweiklassengesellschaft von Geflüchteten und Schutzsuchenden entstehen.

wird. In so einem Klima ist es schwierig, Reformen voranzubringen, da es keine sachlichen Lösungen gibt, sondern populistische Meinungen im Vordergrund stehen.

**Handlungsbedarf besteht auch bei der privaten Unterbringung, da vor allem Geflüchtete aus der Ukraine oft privat untergebracht werden. Gleichzeitig wird es für private Quartiergeber\*innen aufgrund der Teuerungen immer schwieriger, diese Aufgabe zu übernehmen. Welche Lösungen braucht es hier?**

Es gab und gibt eine unglaublich große

Hilfsbereitschaft und Solidarität. Die Politik darf sich auf dieser Solidarität der Zivilgesellschaft nicht ausruhen. Viele – auch und gerade Betroffene – sind von einer temporären Situation ausgegangen. Aber das Gegenteil ist der Fall: Nach wie vor flüchten Menschen aus der Ukraine, nach wie vor stellen Privatpersonen Wohnraum zur Verfügung. Nun hat die Regierung einen Initiativantrag für den dringend notwendigen Teuerungsausgleich für private Quartiergeber\*innen eingebracht. Das ist ein erster erfreulicher Schritt, der aber noch beschlossen werden muss. Problematisch ist, dass der Teuerungs-

ausgleich nur rückwirkend von März bis Oktober ausbezahlt werden soll. Für eine nachhaltige Flüchtlingsversorgung müssen weitere Schritte folgen.

**Gleichzeitig haben ukrainische Geflüchtete mehr Rechte als Geflüchtete aus anderen Drittstaaten, zum Beispiel in puncto Arbeitserlaubnis oder legale Fluchtmöglichkeiten betreffend. Wie nehmen Sie diese Differenzierung wahr?**

Ich begrüße es, dass der rechtliche Rahmen geschaffen wurde, damit Geflüchtete aus der Ukraine innerhalb der EU frei reisen können und nicht in die Illegalität gedrängt werden. Ebenso, dass sie rasch eine Arbeitserlaubnis erhalten. Gleichzeitig sehen wir, dass diese Besserstellung auf Unverständnis bei Betroffenen als auch

---

### **NUR ZWEI LÄNDER ERFÜLLEN DIE UNTERBRINGUNGS-QUOTE: WIEN UND DAS BURGENLAND.**

---

bei Freiwilligen stößt. Aus meiner persönlichen Sicht zeigen diese Maßnahmen den Handlungsbedarf im Asylbereich auf. Werden diese Versäumnisse schrittweise bereinigt, ist das durchaus sinnvoll. Natürlich darf am Ende des Tages keine Zweiklassengesellschaft von Geflüchteten oder Schutzsuchenden in Österreich entstehen.

**Von verschiedenen Seiten wird eine Entflechtung von Asyl und Migration gefordert: Geflüchtete sollen früher Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsangeboten erhalten, ohne langwierige Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Wie stehen Sie zu so einer solchen Entflechtung?** Asyl und Migration sind strikt zu trennen, da jeweils andere Fragestellungen im Fokus stehen. Natürlich kann es zu Vermischungen kommen,



„Wir sollten darüber nachdenken, ob wir Menschen in Asylverfahren zwingen, obwohl sie der Arbeit wegen nach Österreich kommen.“

dann sind pragmatische Lösungen gefragt. Klar ist, dass Integrationsmaßnahmen frühzeitig ansetzen müssen, allerdings fehlen finanzierte Angebote. Wir fordern daher, entsprechende Maßnahmen und die Arbeitserlaubnis zumindest für Personen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit bzw. ab einer gewissen Verfahrensdauer vorzusehen. Warten Geflüchtete jahrelang auf den Ausgang des Asylverfahrens, ohne einer Beschäftigung nachzugehen, wirkt sich das de-integrativ aus. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir Menschen in Asylverfahren zwingen, obwohl sie der Arbeit wegen nach Österreich kommen. Eine Herabsetzung der Kriterien für die Zuwanderung mittels Rot-Weiß-Rot-Karte für besonders gesuchte Berufe kann hier helfen. Nicht zuletzt den Unternehmen, die händeringend nach Arbeitskräften suchen.

**Die Besser- bzw. Schlechterstellung bestimmter Geflüchteter zeigt sich auch beim Thema Außengrenzschutz: Österreich blockierte den Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens. Innenminister Karner**

**begründete das mit der hohen Zahl an Asylanträgen. Wie sehen Sie diese Diskussion?**

Das ist ein Beispiel der politischen Instrumentalisierung von Asyl und Flucht. Von dieser aufgeregten Diskussion profitieren vor allem Parteien der Extreme. Geführt wird der Diskurs aber von Parteien, die für sich in

**WIR WÜNSCHEN UNS,  
DASS DIE „SOZIALHILFE NEU“  
GRÜNDELEGEND  
REFORMIERT WIRD.**

Anspruch nehmen, in der Mitte zu stehen. Gleichzeitig wird ignoriert, dass an den Binnen- und Außengrenzen der EU illegale Pushbacks stattfinden, dass im Mittelmeer nach wie vor Menschen sterben. Damit darf sich Europa nicht abfinden. Wer über den Außengrenzschutz spricht, muss auch über Lösungen für diese dramatische Situation nachdenken. Und wer Schleppern das Handwerk legen will, muss legale Fluchtwege ermöglichen.

**Abschließend noch ein Themenwechsel: Sie haben Anfang Novem-**

**ber den Caritas-Monitor zu Teuerung und Inflation in Österreich präsentiert und einen „armutsfesten Sozialstaat“ gefordert. Welche Maßnahmen braucht es dafür?**

Wir wissen, dass der Sozialstaat wirkt. Die Maßnahmen der Politik in der Corona-Krise verhinderten einen massiven Anstieg der Armut in Österreich. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht: Die Rekordinflation belastet die Menschen sehr. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter wachsen. Die bereits bezahlten Einmalzahlungen sind gut, verpuffen aber schnell. Deshalb sind strukturelle und nachhaltige Lösungen notwendig. Wir wünschen uns etwa, dass die „Sozialhilfe Neu“ grundlegend reformiert wird.

**Sie bezeichnen die Caritas als gesellschaftlichen Seismographen. Vor diesem Hintergrund interessiert mich, wie Sie ein weiteres Ergebnis des Monitors einordnen: Acht von zehn Menschen sorgen sich um den sozialen Zusammenhalt in Österreich. Zurecht?**

Wir befinden uns in keiner Solidaritätskrise. Aber: Wir erleben, dass mehr Menschen bei uns Hilfe suchen, weil sie vor existenziellen Problemen stehen. Ihr Kühlschrank ist leer, sie können sich das Heizen und Wohnen nicht mehr leisten. Hilfe und Solidarität müssen wachsen, wenn die Not spürbar zunimmt. Das erfordert einerseits strukturelle Solidarität im Sinne politischer Maßnahmen. Andererseits müssen wir alles tun, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt weiterhin stark bleibt. Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass die Not von Geflüchteten gegen die Not von Armutsbetroffenen ausgespielt wird. Wir können diese Krisen nur gemeinsam lösen, indem wir als Gesellschaft enger zusammenstehen statt uns auseinanderdividieren zu lassen.



## KOMMENTAR

# Migration und Arbeitsmarkt 2023: Alles anders?

Kommt es durch Migration zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt? Die Zahlen der letzten Jahrzehnte legen das nicht nahe. Die „Grenzen-dicht“-Karte ist menschlich verachtenswert und ökonomisch dumm.

KOMMENTAR: MARKUS KOZA

**D**as Jahr 2022 war in Sachen Arbeitsmarkt ein Jahr der Superlative: Mit 3,96 Millionen unselbständig Beschäftigten wurde ein neues Allzeithoch erreicht. Mit durchschnittlich 206.500 offenen Stellen gab es so viele freie Jobs wie schon lange nicht. Und: mit 927.000 Arbeitnehmer\*innen ohne österr. Staatsbürgerschaft erreichte auch die „Ausländer\*innenbeschäftigung“ einen Spitzenwert. Ausländer\*innen leisten also einen immer größer werdenden Beitrag zum Wohlstand Österreichs. Dass die Arbeitsmarktmigration „nach Corona“, wie vielfach erwartet wurde, einbricht, ist bislang nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Lag Ende der 1980er-Jahre die Zahl ausländischer Arbeitnehmer\*innen in Österreich noch bei 200.000 Personen, hat sich diese seit her mehr als vervierfacht. Lag der Anteil ausländischer Arbeitnehmer\*innen am Beschäftigungswachstum bis Mitte der 1990er-Jahre bei knapp 28 Prozent, hat sich dieser seit 1995 auf rund 59 Prozent mehr als verdoppelt. Das bedeutet konkret: Die steigenden Beschäftigungszahlen nach dem Corona-Jahr 2021 gehen zu über zwei Drittel auf Nichtösterreicher\*innen zurück.

## EU-Erweiterung 2011: geringe „Verdrängungs“-Effekte

Und das ohne allzu große „Verdrängungs“-Effekte. Der mit dem demografischen Wandel einhergehende Arbeitskräftemangel macht's möglich. Die immer wieder behauptete Verdrängungsgefahr „alter“ durch „neue“, eingewanderte Arbeitnehmer\*innen begleitet die Migrationsdebatte seit Jahrzehnten: Zugewanderte Menschen würden als billigere Arbeitskräfte „teure“ ersetzen und so Lohn- und Sozialdumping Vorschub leisten. Deshalb müsse Einwanderung auch streng reguliert werden. Das kam längst nicht nur von der politischen Rechten sondern auch von Gewerkschaften – zuletzt besonders im Zusammenhang mit der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes ab 2011 für Bürger\*innen der „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten. Tatsächlich gerieten Arbeitnehmer\*innen jener Branchen, die stark von Zuwanderung betroffen waren – v.a. im Baugewerbe, in der Gastronomie, in der Arbeitskräfteüberlassung – unter Druck. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel insgesamt jedoch trotz steigenden „Arbeitskräfteangebots“ geringer als befürchtet aus und blieb weitgehend auf Ostösterreich begrenzt.



Heute stellt sich die Situation grundsätzlich anders dar. Statt eines erhöhten „Arbeitskräfteangebots“ gibt es Arbeitskräfteknappheit. In so gut wie allen EU-Staaten. Wenig überraschend also, dass inzwischen ein regelrechter Wettlauf um Fachkräfte aus dem „Ausland“ begonnen hat. Auch Österreich hat sein Migrationsregime gelockert und den Zugang zur Rot-Weiß-Rot Karte erleichtert.

Am Arbeitsmarktzugang allein wird's allerdings nicht liegen, ob ein Einwanderungsland attraktiv erscheint. Es ist auch die Stimmungslage, die Stimmungsmache, die Offenheit gegenüber Zuwander\*innen von Bedeutung. Wer meint, dass Wien ohne Migrant\*innen besser dastünde, wer meint, bei schlechten Umfragedaten jedes Mal aufs Neue die „Grenzen-dicht“-Karte zücken zu müssen, handelt nicht nur menschlich verachtenswert, sondern – gerade in Zeiten eines Arbeitskräftemangels – auch ökonomisch dumm. 2023 ist nämlich anders. Und die Zukunft erst recht.

*Markus Koza ist Sozialsprecher der Grünen im Nationalrat und war Bundessekretär der AUGE/UG - Alternative Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen.*

## JUBILÄUM

# Empfang in der Hofburg

30 Jahre SOS Mitmensch! Anlässlich dieses Jubiläums lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen zu einem Empfang in die Hofburg, um sich persönlich für den Einsatz für Menschenrechte zu bedanken.

FOTOS: VICTORIA NAZAROVA



Alexander Van der Bellen und Ehefrau Doris Schmidauer bringen in ihren Reden ihre Wertschätzung gegenüber dem Engagement aller Beteiligten von SOS Mitmensch zum Ausdruck.

**K**urz vor der Angelobung zu seiner zweiten Amtsperiode nahm sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen Zeit, um sich für das jahrzehntelange Engagement von SOS Mitmensch zu bedanken. Gekommen sind u.a. Mitbegründer\*innen wie Friedrun und Peter Huemer, Helmut Schüller, Milli Segal, Rudolf Scholten, Josef Haslinger, Nora Scheidl, Horst Horvath, Niki Kunrath und Willi Stelzhammer sowie Max Koch, Martin Schenk und viele andere. Seit dem „Lichtermeer“ am Wiener Heldenplatz

gegen das „Anti-Ausländer-Volksbegehren“ der FPÖ und der Gründung von SOS Mitmensch wurden zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen. Einige

**Viele wichtige Initiativen im Bereich Menschenrechte und Demokratie wurden in drei Jahrzehnten umgesetzt.**

jüngste seien hier genannt. „Aula“ **eingestellt:** Im Februar 2018 veröffentlicht SOS Mitmensch eine Studie über das Naheverhältnis der FPÖ zur mit Neona-

zis und Holocaustleugner\*innen sympathisierenden „Aula“. Nachdem SOS Mitmensch einen erneuten Rassismus-Eklat der „Aula“ zum Thema machte, wurde das Magazin im Juni 2018 eingestellt. **Mädchenrechts-Broschüre erstellt:** Im Herbst 2018 hat SOS Mitmensch eine Erhebung zum Bewusstseinsstand von Schüler\*innen über Mädchen- und Frauenrechte durchgeführt, bei der erhebliche Wissenslücken zutage traten. Als Reaktion darauf gestaltete die Menschenrechtsorganisation die Informationsbroschüre „Mädchenrechte – Frau-





Gruppenfoto mit Initiator\*innen, Vorstandsmitgliedern, Team und Weggefährt\*innen.



Geschäftsführerin Gerlinde Affenzeller im Gespräch mit Josef Haslinger.



A. Van der Bellen erkundigt sich über aktuelle Projekte beim SOS Mitmensch-Team.



Max Koch, Obmann von SOS Mitmensch, im Gespräch mit dem Hausherrn.

enrechte – Frauenschutz“, die dank einer Kooperation mit der Bildungsdirektion Wien an mehr als 10.000 Schüler\*innen verteilt wurde. **Abschiebung verhindert:** SOS Mitmensch kämpft immer wieder gegen eine unmenschliche Abschiebepolitik. Im Sommer 2021 gelang es, die Abschiebung einer alleinerziehenden Mutter mit vier Kindern zu verhindern, die bereits seit acht Jahren in Österreich gelebt hatte. **Rettung afghanischer Frauenrechtsaktivistin:** Aufgrund eines nicht eingehaltenen Visumversprechens von Österreich saß die afghanische Astronomin Amena Kariyman nach ihrer gefährlichen Flucht in Pakistan fest. SOS Mitmensch mobilisierte die Öffentlichkeit. Schließlich ermöglichte Deutschland der Wissenschaftlerin die rettende Einreise. **Pass Egal Wahl in Schulen:** Anlässlich der Bundespräsidentenwahl startete SOS Mitmensch erstmals die Pass Egal Wahl in Schulen. Österreichweit beteiligten sich mehr als 50 Schulen. Über 4.500 Schüler\*innen gaben ihre Stimme ab. Ein wichtiges Signal gegen den Ausschluss von über 50.000 Schüler\*innen im Wahlalter. Der Druck für einen fairen Zugang zu Wahlrecht und Staatsbürgerschaft wird immer stärker.



## REALITY CHECK

# Kritik reißt nicht ab

Spricht man „MA 35“ aus, braucht man fast nichts mehr zu sagen. Die Behörde ist seit Jahren wegen beispielloser Missstände im Gespräch. Die Ursachen mögen vielfältig sein, doch sie gehören behoben. Christoph Wiederkehr, seit Ende 2020 als Integrationsstadtrat zuständig, versprach, durchzugreifen. SOS Mitmensch hat geprüft, ob es bereits Verbesserungen gibt. Das Fazit: Ungenügend.

**B**eginnen wir mit dem positiven Punkt: Der Stadtrechnungshof stellt in seinem jüngsten Bericht fest, dass es durch die bisher erfolgten Maßnahmen zu einer Verbesserung der Gesamtsituation gekommen sei. Vor allem, was die Erreichbarkeit der Behörde betrifft. Die Erreichbarkeit der Behörde? Wer denkt, dass das die Voraussetzung für das Service für Bürgerinnen und Bürger ist, muss sich im Fall der MA 35 geistig kurz neu aufstellen. Die endlose Geschichte von Missständen dieser Magistratsabteilung, die für ebenso endlose Verfahren bei Einwanderung und Staatsbürgerschaft bekannt ist, grenzt stellenweise an Satire. Es wäre zum Lachen, hätte es für die betroffenen Menschen nicht teils dramatische Auswirkungen. Im August 2021 berichtete im Ö1-Morgenjournal ein Mitarbeiter anonym aus dem Alltag der Behörde: Dass ab 13 Uhr telefonische Auskünfte möglich wären. Eigentlich. Tatsächlich würden die Telefone die ganze Zeit läuten – abheben würde aber praktisch niemand. Denn es gehe die Angst um in der MA 35: Eine hilfreiche Auskunft durch die Behörde könnte einen „Dominoeffekt“ in Gang setzen. Es würde



Verschleppte Verfahren, keine Akteneinsicht, keine Rückmeldungen: Das hatte zur Folge, dass Menschen bereits resigniert haben und etwa keinen Antrag mehr auf Staatsbürgerschaft stellen.

sich rasch herumsprechen, dass man bei einem Anruf Auskunft erhalten würde. Die Schilderungen des Mitarbeiters waren grotesk ehrlich, sie gingen durch alle Medien. Und wie rechtfertigte sich die

**Der MA-35-Dominoeffekt: Es könnte sich herumsprechen, dass man hier bei einem Anruf wirklich Auskunft erhält.**

Behörde? Eher mau. Man habe es mit komplexen bundesrechtlichen Gesetzen zu tun, zudem sei die Arbeitsbelastung hoch, weil es an Personal fehlt. Auch Covid mache die Arbeit mühsam. Aber könnten das nicht auch andere Be-

hörden ins Treffen führen? Die Rechtsanwältin Julia Ecker, die an der Erstellung des Berichts von SOS Mitmensch beteiligt war, bringt es auf den Punkt: „Meine Erfahrungen sind kurz gesagt durchwachsen. Vor einiger Zeit habe ich im Scherz einmal gesagt: Bei der MA 35 kann wirklich alles passieren, aber ganz oft passiert auch einfach nichts. Tatsächlich kann man diese Einschätzung leider auch weiterhin aufrechterhalten.“ Der Verdacht, dass eine Behörde gegen ihr eigenes Klientel agiert, steht im Raum. Die Folge ist ein allgemeines Unbehagen, das jemand, der um die Staatsbürgerschaft angesucht hat, so formuliert: „Von der MA 35 wünsche ich mir, nie



wieder etwas mit ihr zu tun zu haben. Das ist ein zusätzlicher Grund, warum ich die Staatsbürgerschaft beantrage, weil ich dann als Staatsbürger\*in keinen Schritt mehr in diese Behörde setzen muss.“

### Auf dem Weg. Wirklich?

Die Liste der Kritikpunkte ist lang und wird von mehreren Seiten bestätigt: von Betroffenen, von Rechtsanwält\*innen, von der Volksanwaltschaft und auch vom Rechnungshof. So würden Verfahren verschleppt werden; eingereichte Dokumente wären am Amt nicht mehr auffindbar; die Auskunft würde verweigert bzw. wäre niemand erreichbar; Antragsteller\*innen würden herabwürdigend behandelt. Kritik gibt es auch daran, dass Gesetze oftmals so restriktiv wie möglich auslegt werden, was immer wieder zu unnötigen Härtefällen und Problemen führt. Eine Beratungsstelle spricht etwa von Fällen, bei denen es „in Richtung humanitärer Aufenthalt geht und wo man aus dem Asylrecht ins Fremdenrecht geraten kann. Die MA 35 verzögert das dann noch weiter. Dabei hätte sie die Spielräume, um gnädig zu sein, ist es aber nicht, sondern legt ihre Beurteilung immer in Richtung ‚Nein‘ aus.“ So bestünde zum Beispiel die Möglichkeit, im Bereich des Familienlebens Gesetze so zu interpretieren, dass dem Familienleben ein stärkeres Gewicht zukommt. Doch die MA 35 berücksichtigt das Familienleben kaum. Sie argumentiert bei Erstanträgen sogar, dass es gar kein Privat- oder Familienleben gäbe, da die Person bisher noch nicht in Österreich gelebt habe und deshalb keine Zeit mit ihrer Familie verbringen konnte.

Eine andere Beratungsstelle weist auf die besonders prekären befristeten Auf-



C. Wiederkehr hat einen Reformprozess in Gang gesetzt. Doch einiges ist Kosmetik, tiefgreifende Schritte fehlen. Immerhin positiv anzumerken: dem Stadtrat wird ein Problembewusstsein attestiert.

enthaltstitel hin. Diese müssen regelmäßig innerhalb einer gesetzlichen Frist verlängert werden. „Verpasst man diese Frist, und sei es nur um einen Tag, fällt die Person in die aufenthaltsrechtliche

### Kritik gibt es daran, dass das Familienleben bei der Beurteilung der Fälle zu wenig berücksichtigt wird.

Illegalität.“ Eine Nachfrist werde nicht gewährt. So ein Neuantrag ist in der Regel mit großen Hürden, etwa einem Antrag aus dem Ausland, verbunden. Erst kürzlich habe eine Person, die gesundheitlich stark beeinträchtigt ist, so

eine Härte erlebt. Weil sie es nicht geschafft hat, rechtzeitig den neuen Antrag auf Verlängerung einzureichen, verlor sie mit einem Schlag ihre Ansprüche auf Sozialleistungen sowie ihre Aufenthaltsgenehmigung. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als um ein humanitäres Bleiberecht anzusuchen – Ausgang ungewiss. Eine andere Beratungsperson berichtet von Frauen, denen jahrelang von ihren Männern erzählt wurde, dass ihr Aufenthaltstitel allein von ihnen (den Männern) abhängig sei. Diese Frauen wissen nicht, welche Auflagen sie erfüllen müssen, und dass sie eigenständig Anträge auf Staatsbürgerschaft oder Daueraufenthalt stellen kön-

nen. Auch das wäre Aufgabe eines Amtes, diese Informationen so transparent wie möglich bereitzustellen.

### Fünf Punkte geprüft

Christoph Wiederkehr hat als Stadtrat, der auch für Integration zuständig ist, also ein schweres Erbe angetreten. Er selbst hatte zuvor die Zustände der Magistratsabteilung kritisiert, frisch im Amt wollte er diese rasch verbessern. Das bestätigte er auch in einem Gespräch, das SOS Mitmensch Mitte 2021 mit ihm geführt hat. Ab Herbst 2021 sollte es schrittweise zu Reformen kommen. In Kooperation mit der in Wien ansässigen externen Unternehmensberatung „Pure Management Group“ plante man einen Organisationsentwicklungsprozess, der Ende 2024 abgeschlossen sein soll.

Seither ist ein Jahr vergangen. Wie hat sich die Situation verändert? SOS Mitmensch hat fünf Punkte geprüft: die Verfahrensdauer, die Kommunikation und Serviceorientierung, die Digitalisierung der Behörde, das Auftreten der Mitarbeiter\*innen und die Praxis der Auslegung der Gesetze.

Zur Verfahrensdauer: Die Volksanwaltschaft hat mehrfach eine unangemessen lange Dauer der Verfahren kritisiert. Ein Großteil der Beschwerden, die bei ihr eingehen, betrifft dieses Problem und die damit verbundenen organisatorischen Mängel. In den meisten Fällen musste die Volksanwaltschaft sogar feststellen, dass die MA 35 über längere Zeiträume gar keine Verfahrensschritte gesetzt hatte. Gründe konnte sie dafür nicht nennen. Zum Teil wurden einfach keine Entscheidungen getroffen, obwohl alle Unterlagen vorhanden waren. Nach Wahrnehmung der Volksanwaltschaft hat sich seit dem Jahr 2010 nichts an dieser Situation geändert, der Bericht ging 2021 an den Wiener Landtag. Im Jahr 2021 wurde das Magistrat um 50 Dienstposten aufgestockt. Laut



Beim Selbsttest bestätigt: horrend lange Wartezeiten allein für den Ersttermin.

MA 35-Abteilungsleiter Georg Hufgard-Leitner solle das die Belastung der Mitarbeiter\*innen reduzieren. Durch den Ukrainekrieg käme es aber erneut zu einer erhöhten Anzahl an Anträgen und Verzögerungen. Zusätzliche Aufstockungen würden vorbereitet. Wann, wie viel bleibt unklar.

Um sich ein Bild zu machen, hat SOS Mitmensch selbst das Onlinebuchungssystem getestet und mehrmals um einen Ersttermin für die Staatsbürgerschaft angesucht. Mehrere Versuche im

**Es sollte einen elektronischen Akt geben, der jederzeit im Internet einsehbar ist und Auskunft über den Verfahrensstand ermöglicht.**

Zeitraum von einigen Wochen ergaben Wartezeiten von sieben bis elf Monaten. Das bedeutet, das Verfahren verlängert sich schon, obwohl vor dem Ersttermin noch gar keine Dokumente eingereicht werden können. Gründe kann die MA 35 nicht nennen. Sie erklärt dazu, dass sich die Verfahrensdauer zur Erlangung der Staatsbürgerschaft – inklusive Zurückweisungen, Abweisungen Zusicherung und Verleihung – aus EDV-technischen Gründen nicht auswerten lässt. Dass die Verfahren kompliziert sind, wie Abteilungsleiter Hufgard-Leitner argumentiert, ist glaubhaft. Doch das gilt wohl auch für viele andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Die Gefahr, dass Menschen ihren

Job verlieren, weil sie die gültige Aufenthaltskarte nicht fristgerecht nachweisen können, ist evident. Die Liste ließe sich fortsetzen. Dementsprechend kritisch beurteilen das die Rechtsvertretungen. „Ich habe keine andere Behörde österreichweit erlebt, die vergleichbar rechtsverweigernd tätig ist und Verfahrensgrundsätze missachtet bzw. um das Vielfache überschreitet“, lautet eine Stellungnahme zu den Säumnissen. Das legt nahe, dass es nicht um die Fehlleistung Einzelner geht, sondern um das strukturelle Versagen der Behörde.

### Forderungen

Die Kommunikation wurde digitalisiert, läuft aber nicht optimal. Die neu eingerichtete Service-Hotline ist zwar erreichbar. Allerdings kann der telefonische First-Level-Support nur niederschwellige Auskünfte erteilen. Zugriff auf Unterlagen hat er nicht. Die vorgeschaltete Stelle wirkt deshalb wie Kosmetik. Das gilt für alle Problemfelder. Deshalb die Forderung von SOS Mitmensch: Erstens braucht es eine relevante personelle Aufstockung, um die überlangen Verfahrensdauern zu reduzieren und die Kommunikation zu gewährleisten. Zweitens muss die Erreichbarkeit als zentrale Funktion der Behörde weiter verbessert werden. Drittens: Die Website muss klar gestaltet sein. Der Ersttermin sollte nicht verpflichtend sein, sondern zur Auskunft für alle dienen, die das wollen. Über mögliche Fallstricke wie etwa Einkommensnachweise muss aktiv informiert werden. Viertens: Es sollte einen gläsernen Akt geben, der im Internet jederzeit einsehbar ist. Fünftens: Die Mitarbeiter\*innen müssen besser geschult werden, auch um Schikane zu verhindern. Sechstens: Die Auslegung der Gesetze sollte zugunsten der Antragsteller\*innen ausgelegt werden – und nicht gegen sie. Die MA 17 oder das „International Welcome Center“ in Heidelberg können als Vorbild dienen. (red)



## KLASSENGEMEINSCHAFT

# Warum nicht Ethikunterricht?

Eine Wiener Mittelschule trennt Kinder u.a. nach ihrer Religion in Schulklassen, der Vorwurf der „Segregation“ steht plötzlich im Raum. Die Bildungsdirektion verweist auf eine komplexe Stundenplanerstellung. Die Verfügbarkeit von Religionslehrenden sei dabei nur eines von mehreren Kriterien für die Klasseneinteilung. Doch wie wäre ein Ethikunterricht für alle? Das würde Kinder zusammenführen und Schulen organisatorisch entlasten.

TEXT: FLORIAN GUCHER

In einem Bericht in der Tageszeitung „Der Standard“ erhob Ende vergangenen Jahres ein Vater den Vorwurf, dass es an einer Schule in Wien zu „Segregation aufgrund von Religion“ komme. Im BRG/WMS Seestadt würden etwa in einer Klasse 14 Kinder muslimischen Glaubens mit fünf oder sechs evangelischen plus ein paar Kindern ohne Religionsbekenntnis zusammengefasst. In anderen Klassen wären die römisch-katholischen Kinder versammelt. Er wandte sich an die Bildungsdirektion. Diese beschied ihm laut Standard-Bericht, dass an der betreffenden Schule auf eine „ausgewogene Zusammensetzung der Klassen geachtet“ werde, die auch unter Berücksichtigung eines schülergerechten Stundenplans erfolge. Nach dem Erscheinen des Artikels meldete sich die Bildungsdirektion noch einmal zur Causa. Der Tenor: Nach Glaubensbekenntnissen durchmischte Klassen wären selbstverständlich wünschenswert, zugleich gäbe es aber eben auch organisatorische Herausforderungen. Im Fall der Seestadt-Schule liege jedenfalls keine Diskriminierung



Eine ausgewogene Zusammensetzung von Klassen, die nach Glaubensbekenntnissen durchmischte sind, ist laut Bildungsdirektion Wien wünschenswert.

vor. Den Vater, der die Diskussion aufgebracht hatte, dürfte das aber nur bedingt befriedigt haben. Er glaubt, dass

**Ethikunterricht für alle:  
So könnten nach Glaubensbekenntnissen engeteilte Klassen verhindert werden.**

so eine Trennung mit den Kindern etwa mache. Ein Gedanke, den man jedenfalls ernst nehmen muss.

## Schule bis 18 Uhr

Schulen haben durch die Schulautonomie heute deutlich mehr Freiheiten als früher. Sie können inhaltliche Schwerpunkte setzen und besser auf die Anforderungen ihrer Schüler\*innen eingehen. Sie können aber bei strukturellen Problemen auch auf diesen sitzen bleiben. So wie im Fall der Seestadt-Schule, denn Religionslehrer\*innen springen zwischen mehreren Schulen, womit deren Verfügbarkeit einen deutlichen Einfluss



Seestadtschule. Die Herausforderung schülergerechter Stundenpläne teilt die Schule wohl mit vielen anderen. Eine Hürde ist die Verfügbarkeit von Religionslehrer\*innen.

auf die Erstellung der Stundenpläne hat – und eben auch auf die Klassenzusammensetzung. Es ist davon auszugehen, dass alle Schulen versuchen, die Kinder und Jugendlichen möglichst ausgewogen auf die Klassen zu verteilen. Solche, die sich bereits aus der Volksschule kennen, will man ungern trennen. Zudem geht es für die Schulen aber auch darum, eine hohe Anzahl an Wochenstunden möglichst kompakt zu organisieren. Kinder, die mit zwölf Jahren bis 18 Uhr in der Schule verbringen – das klingt nicht so optimal. Kritiker\*innen bringen ein, dass andernfalls die Kinder, um die es eigentlich geht, die ersten Leidtragenden wären: und zwar einer fehlenden Entrümpelung der Lehrpläne, aber eben auch der mangelnden Verfügbarkeit von Religionslehrenden. So könne man davon ausgehen, dass nicht nur die Seestadt-Schule, sondern auch andere Schulen mit derartigen Problemen zu kämpfen haben.

So gibt es mehrere Stimmen, die fordern, den Religionsunterricht durch Ethikunterricht zu ersetzen. Das würde nicht nur dem Anliegen von Eltern entsprechen, ihren Kindern die Erfahrung einer Separierung nach religiösen Kriterien zu ersparen. Es würde auch

den Schulbetrieb einfacher gestalten. Die Entscheidung darüber liegt allerdings nicht bei den Schulen, sondern kann nur auf politischer Ebene gelöst werden: bei der Bildungsdirektion (das ist der ehemalige Stadtschulrat) und im Bildungsministerium. Aufgrund des Konkordats hätte auch die Kirche ein Wort mitzureden. Eine Regelung in

### Bei der Einführung eines Ethikunterrichts hätte aufgrund des Konkordats auch die Kirche ein Wort mitzureden.

diese Richtung gibt es allerdings bereits: Jugendliche, die sich in der Oberstufe vom Religionsunterricht abmelden, sehen sich (verpflichtend) im Ethikunterricht wieder. Warum also nicht auch in der Unterstufe, könnte man fragen.

### Religionsunterricht – noch zeitgemäß?

Hier kommen natürlich auch Werteinstellungen ins Spiel. Ist der konfessionelle Religionsunterricht überhaupt noch mit dem pluralen Weltbild unserer Gesellschaft vereinbar? Vieles hat sich in den vergangenen 70 Jahren geändert. So stieg der Anteil von Menschen, die

sich keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, laut Statistik Austria im Jahr 2021 in Wien auf 34 Prozent. Selbst im traditionsbewussten Kärnten gilt das für mittlerweile 16 Prozent der Bevölkerung. War Österreich 1951 noch zu über 90 Prozent römisch-katholisch, sind es heute nur noch etwas mehr als die Hälfte der Einwohner des Landes. Die Diversität ist im gleichen Zeitraum gestiegen, es gibt mehr Menschen, die der orthodoxen Kirche oder dem Islam zugehörig sind: Deren Anteil stieg von 0,3 Prozent im Jahr 1971 auf rund 8 Prozent. Wer will da noch von *einem* Religionsunterricht sprechen?

Für Schulen bedeutet das eine organisatorische Mammutaufgabe. Sie müssen Religionsfächer von fünf oder mehr Konfessionen unter einen Hut bringen. Während Interkulturalität großgeschrieben wird, sind bei Schulen gleichsam Notlösungen gefragt. Auch wenn es sich im Fall des BRG/WMSS Seestadt „keinesfalls um gelebte Praxis handelt“, wie die Bildungsdirektion geschrieben hat, ändert das nichts an der Tatsache, dass Schüler\*innen dennoch nach Religionen aufgeteilt sind. Ein Gefühl des „Wir“ und der „Anderen“ steht im Raum, vielleicht die Gefahr von Blockdenken. Dabei wäre Inklusion das Stichwort unserer Zeit. Zugleich stellt sich die Frage, was Ethikunterricht tatsächlich leisten kann. Tatsächlich hat sich das Fach der „Ethik“, das unter Aufhängern wie „Philosophie für Kinder“, „Lebensführung“ oder „Wertekunde“ lange erprobt wurde, bislang nie so richtig durchgesetzt. Was kann dieses Fach in einem gesellschaftlichen Sinn also leisten? Michael Sörös, Leiter der Bildungsdirektion West, betont: „Der Lehrplan zeigt, wie umfassend das Fach Ethik sein kann. Es reicht von Religionstheorie über Geschichte bis hin zur Philosophie.“ Schon seit Anfang der 2000er-Jahre liegt Ethik als Unterrichtsfach am Tisch, seine Einführung hat sich jedoch verzögert. Nach 20 Jahren Testphase habe man sich schließlich entschlossen,



Ethikunterricht gesetzlich für die Sekundärstufe 2 ab dem laufenden Schuljahr 2022/2023 als alternativen Pflichtgegenstand einzuführen. Und zwar für alle, Schüler\*innen, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen, so Sörös. Durchgesetzt hat sich eine sogenannte „Light-Variante“, die Ethik und Religion als Unterrichtsfächer nebeneinanderstellt: „Möglich ist es für Schüler\*innen auch, sowohl Religion als auch Ethik zu besuchen und auch in beiden Fächern zu maturieren, sofern es der Stundenplan zulässt“, ergänzt Sörös: Was schön klingt, wird abermals zur organisatorischen Aufgabe für die Schulen. Manche Schulen lösen das so, dass sie Ethik zum Wahlpflichtgegenstand machen. Stellt sich nur noch die Frage, wie das nun in der Sekundarstufe 1 und in der Volksschule ist. Auch hier gibt es noch keine einheitliche Lösung. Budgetäre Gründe, so heißt es, verhindern eine rasche Umsetzung.

### Modell: kooperativer Unterricht

Wolfgang Weirer, Religions- und Ethikpädagoge an der Uni Graz, sieht jedoch gute Gründe, den Religionsunterricht nicht komplett über Bord zu werfen. Er sieht ein Modell, wonach das Fach als kooperativer Unterricht zwischen den einzelnen Fächern mit gemeinsamen Lernphasen möglich wäre. Weirer: „Aus Untersuchungen weiß ich, dass Schulleiter\*innen religiöse Bildung an Schulen für hochrelevant erachten. Für den Religionsunterricht spricht, dass das Wesen von Religion aus rein neutraler Beobachtungsperspektive schwer greifbar wird und abstrakt bleibt. Hier fehlt die sogenannte Innenperspektive.“ Es würde zu wenig berücksichtigt, dass etwa islamischer oder orthodoxer Religionsunterricht für die Schüler\*innen zu einem wichtigen Identifikationsbildungsprozess werden kann. „Was heißt es beispielsweise, Muslim oder Muslima in Österreich zu sein? Welche islamischen Zentren und Institutionen gibt es hier?“ Das würde deutlich über das



Religionswissenschaftler K. Lehmann: Schulen haben Spielraum bei Gestaltung.

Potential des Ethikunterrichtes hinausreichen, Ethik hingegen sei neutral und sachlich, primär eine Wertevermittlung mit Philosophie und mitunter auch Religionswissenschaft. Doch auch vom Religionsunterricht verlangt der Pädagoge, über die Kompetenzen der eigenen Religion hinauszublicken. Angesichts der vielen Abmeldungen mache es aber auch keinen Sinn, den Religionsunterricht künstlich aufrechtzuerhalten. Immerhin haben sich seit der Einführung

### Klassischer Religionsunterricht ist authentisch, aber auch separierend. Karsten Lehmann

des neuen Ethikfaches die Abmeldungen vom Religionsunterricht reduziert. Der Religionswissenschaftler Karsten Lehmann forscht an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems zu „Interreligiösität“. Er sieht Spielraum bei den Schulen: „Individuen haben heute unterschiedliche religiöse Identitäten. Es liegt an den Schulen, wie man mit dieser Vielfalt umgeht. Es gibt eine ganze Reihe von pädagogischen Modellen, die vom klassischen Religionsunterricht bis hin zu Formen reichen, in welchen verschiedene Religionsgruppen zusammenarbeiten und sich Schüler\*innen nochmals auf an-



Ethikpädagoge W. Weirer: Religionsunterricht nicht völlig verwerfen.

dere Weise kennenlernen. Klassischer Religionsunterricht ist authentisch, aber auch separierend. Die weltanschaulich pluralste Form ist zweifelsohne der Ethikunterricht.“ Man kommt wohl zum Schluss, dass die schon lange umkämpften Fächer Ethik und Religion nicht ohne einander können. Den Religionsunterricht per se abzuschaffen, wäre wohl zu kurz gedacht, ebenso wie Ethik nicht weiter in die Lehrpläne vordringen zu lassen. Hier gilt es wohl auch, auf Differenz von Stadt und Land zu blicken und Spielräume offenzulassen: „Wien hat beispielsweise eine ganz andere Heterogenität als ein Dorf mit 2000 Einwohner\*innen, das sollte in dieser Frage mitbedacht werden“, so Michael Sörös von der Bildungsdirektion. Die große Herausforderung wird es wohl sein, und da scheitert paradoxerweise selbst ein Bürokratenstaat wie Österreich, die Vielfalt an Positionen ineinander zu flechten und in einen gegenseitigen gemeinsamen Diskurs zu bringen. Und eine Schulleitung würde wohl noch anfügen: Bitte auf die Kinder nicht vergessen, sie sollten nicht die Leidtragenden dieser Diskussion sein.

*Florian Gucher, geboren 1995 in Villach, hat Germanistik und Visuelle Kultur studiert. Er arbeitet als freischaffender Redakteur im Kulturbereich.*

## INTERVIEW

# „Wir brauchen Aussteigerprogramme“

Die Demonstrationen gegen die Corona-Präventions-Maßnahmen der Regierung haben während der Pandemie-Jahre gezeigt: Antisemitismus wurde öffentlich zur Schau gestellt. Ein Gespräch mit Willi Mernyi, leitender Sekretär im ÖGB und Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich, über Judenfeindlichkeit, einen positiven Wandel bei Bürgermeister\*innen und das Problem mit hohen Strafen bei Wiederbetätigung.

INTERVIEW: ALEXIA WEISS, FOTOS: KARIN WASNER

**Antisemitismus war während der Hochzeit der Coronapandemie wieder massiv Thema. Im Zug der Demonstrationen von Gegnern der Covid-Präventions- und Schutzmaßnahmen von Masken bis Impfungen waren antisemitische Slogans und Symbole auch im öffentlichen Raum zu sehen. Was sind Ihre Lehren aus diesen Vorfällen?**

Wir mussten schmerzlich erfahren, wenn wir vor Ort mit Leuten darüber diskutiert haben, dass sie gemeinsam mit Antisemit\*innen auf die Straße gehen, dass viele Menschen gesagt haben, mag sein, aber das ist mir wurscht. Sie meinten, uns geht es darum, gegen die Corona-Diktatur zu protestieren. Als wir sie darauf hingewiesen haben, dass sie sich von Neonazis anführen lassen, sagten sie, es ist uns egal, wer da vorne geht, wir sind da.

**Was bedeutet das für die Arbeit gegen Antisemitismus?**

Alle, die die Frage stellen, ob es im Jahr 2025 wieder ein Jubiläumsjahr braucht,

kann man auf die Corona-Demos hinweisen und sagen: Ich habe schon das Gefühl. Mir wäre lieber, es wäre anders.

**Man muss das Thema also weiter öffentlich diskutieren und darf keinen Schlussstrich bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ziehen. Das zeigen auch Fälle, wo Menschen Symbole wie die „Schwarze Sonne“ verwendeten. Sie haben vergangenes Jahr darauf hingewiesen. Viele Menschen wissen aber gar nicht, dass das SS-Symbole sind. Warum ist es Ihnen dennoch wichtig, das aufzuzeigen?**

Ich bin vorsichtig, wenn es um die Frage geht, ob jemand weiß, was das ist oder nicht. Es gibt Fälle, wo wir Personen auf die Bedeutung eines Symbols aufmerksam machen und die dann sagen, sie wussten es nicht und entfernen es dann sofort. Diese Fälle machen wir auch gar nicht medial öffentlich, diese Menschen outen wir nicht. In einem Fall handelte es sich aber zum Beispiel um einen

33-Jährigen, der ein Hakenkreuz tätowiert hatte. Wenn er sagt, er habe gedacht, es handle sich um ein indisches Zeichen, fühle ich mich verarscht.

**Sind das neue Subkulturen oder nur einzelne Rechtsextreme, die ihr Gedankengut nach außen tragen?**

Früher haben Rechtsextreme Springerstiefel getragen und waren als Skinheads erkennbar. Heute kleiden sie sich unauffällig und arbeiten mit Codes, aber es ist die gleiche Ideologie. Das macht es gefährlicher. Wer also bestimmte Symbole verwendet, zeigt anderen, wir gehören zusammen. Und der Unterschied zu den Rechtsextremen von früher ist, dass sie vom Rand der Gesellschaft in die Mitte gerückt sind. Rechtsextremismus ist inzwischen salonfähig geworden. Früher haben sich Betriebsräte gemeldet und gesagt, ich habe da einen Neonazi, was können wir da machen? Heute habe ich Betriebsräte, die sagen, es sind vier oder fünf. Und du hast dann keinen Antisemitismus, weil es wenige Juden und





Willi Mernyi: arbeitet unermüdlich gegen antisemitische Tendenzen. Manche Reaktion lässt auf wenig Sensibilität schließen.

Jüdinnen im Arbeitskontext gibt. Aber du hast Leute, die sagen, ich arbeite nicht mit Türken. Das wird dann für das Einteilen einer Partie ein Problem.

### **Die Ideologie richtet sich also gegen verschiedene Gruppen?**

Genau.

**Stichwort Information: Sie bemühen sich sowohl als Leitender Sekretär im ÖGB, vor allem aber in Ihrer Funktion als Vorsitzender des Mauthausen Komitees Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und gegen Antisemitismus nicht aufhören darf. Wird dieser Kampf immer zu führen sein?**

Ich hoffe nicht. Ich hätte auch gerne einmal Ruhe. Aber der Punkt ist: Wir decken ja nicht etwas auf, was nicht da ist. Es haben sich aber auch Dinge zum Positiven verändert. Wir hatten früher Bürgermeister unterschiedlichster Couleur, nicht nur von ÖVP und FPÖ, die sich gegen Gedenktafeln gewendet haben. Wenn ungarische Juden im Zug eines Todesmarsches in einer Gemeinde ermordet wurden, sagte der Bürgermeister, das waren ja keine von uns, machen wir doch eine Gedenktafel, wo sie geboren wurden. Dieser Wahnsinn ist inzwischen vorbei. Auf der anderen Seite gibt es immer noch Gemeinden, die sagen, das ist nicht gut für den Tourismus, aber es gibt nicht mehr diese blanke Ablehnung.

**Über Rechtsextremismus haben Sie nun schon einiges erzählt. Judenfeindlichkeit gibt es aber nicht nur von rechter Seite. Welche Formen des Antisemitismus sehen Sie in Österreich und welche erscheinen Ihnen derzeit am gefährlichsten?**

Meiner Ansicht nach ist es noch immer der klassische Antisemitismus von rechts, aber in Ermangelung von Juden wendet er sich marketingtechnisch zum Beispiel gegen türkische



Früher haben sich Rechtsextreme einer Diskussion gestellt und heldenhaft verloren. Heute machen sie das nicht mehr.

Menschen. Nach innen ist aber dann von der Ostküste etc. die Rede, also alles wie gehabt. Natürlich gibt es auch den Antisemitismus bei Migrant\*innen. Vor einigen Jahren haben wir da auch gemeinsam mit der Volkshilfe eine Broschüre zu den Grauen Wölfen gemacht. Der ist da, den braucht man nicht zu verharmlosen, aber auch nicht aufzublauen. Man muss ihn bekämpfen, genauso wie den anderen. Einen Unterschied sehe ich aber doch: Die Migrantenkids sind offen, wenn wir Begegnungen organisieren, um Vorurteile zu entkräften. Bei Rechtsextremen ist es ein Weltbild.

**Und wie beurteilen Sie linken Antisemitismus, der sich etwa als Engagement für die Israel-Boycott-Bewegung BDS zeigt?**

Manchmal ist es schon so, dass ich mir bei der Darstellung von Kapitalisten denke, man könnte sorgfältiger darauf achten, hier keine antisemitischen Stereotype zu transportieren. Ich glaube aber nicht unbedingt, dass das absichtlich ist. Und bei der Diskussion um Israel gibt es Wortmeldungen, bei denen ich mir denke, ist jetzt die israelische Bevölkerung oder die israelische Regierung gemeint? Ich würde das aber nicht gleichsetzen mit rechtem Antisemitismus. Das ist schon eine andere Kategorie.

**Was leistet hier das Mauthausen Komitee konkret an Vermittlung? Sie haben schon über migrantische Jugendliche gesprochen. Wie begegnen Sie rechtsextremen Jugendlichen?**

Früher haben sich Rechtsextreme einer Diskussion gestellt und heldenhaft verloren. Heute machen sie das nicht mehr. Bei einer Begleitung in Mauthausen haben mir die Lehrlinge und Lehrer schon gesagt, da ist ein Rechter, bei dem muss man aufpassen. Der hat die ganze Zeit nichts gesagt, nicht ein Wort. Der hat mich nur angelächelt. Aber beim Verabschieden, er war der letzte, hat er mir die Hand gegeben und gesagt, im Bus gehören sie wieder mir.

Bei den Angeboten sind wir vordergründig weggegangen vom Nationalsozialismus-Thema. Wir machen Zivilcourage-Trainings, und da ist man ohnehin sofort beim Thema. Es interessiert die Leute aber viel mehr, über Zivilcourage zu reden, über Mobbing, über Hate. Verstärkt haben wir hier auch die Angebote zu Hass im Netz.

**Wird der Kampf gegen Antisemitismus andererseits auch politisch instrumentalisiert?**

Ich habe manchmal bei der ÖVP das Gefühl, dass es eine strategische Entscheidung ist, diese Gedenkkultur nicht der Linken zu überlassen. Das finde ich





Die Migrantenkids sind offen, wenn wir Begegnungen organisieren, um Vorurteile zu entkräften. Bei Rechtsextremen ist es ein Weltbild.

unsympathisch, weil Gedenkkultur ist nicht links oder rechts, sie ist antifaschistisch. Der Mittelschüler-Kartell-Verband und der CV waren total erstaunt, als ich sie persönlich eingeladen habe, bei der Befreiungsfeier in Mauthausen dabei zu sein, in voller Montur, aber ohne Säbel. Es waren 300 von ihnen bei der Befreiungsfeier und das war so schön. Und dann habe ich in der MKV-Zeitung von einem MKV-Funktionär gelesen, dass das der schönste Moment seiner politischen Tätigkeit war, dass er mit der Sozialistischen Jugend und der Muslimischen Jugend am Appellplatz gestanden ist und keiner hat den anderen deppert angeschaut oder blöde Witze gemacht. Jeder hat respektiert, wir gedenken hier gemeinsam der Opfer. Das ist kein Ort für Parteipolitik.

**Welche Rolle spielt die FPÖ, wenn es um Antisemitismus geht? Sie fährt hier einen Schlingerkurs mit öffentlichen Bekenntnissen dagegen, dann taucht aber wieder in der zweiten oder dritten Reihe ein rechtsextremer Einzelfall auf. Wie ist das zu bewerten?**

Wir haben ja auch eine Einzelfall-Broschüre herausgegeben. Es gibt hunderte Einzelfälle in der FPÖ. Das glaubt niemand. Und man sieht auch, dass diese vermeintliche Abkehr von diesem Gedankengut parteipolitisch motiviert war.

Als die Freiheitlichen in der Regierung waren, haben sie sich von den Identitären distanziert. Und jetzt sind sie wieder auf Kuschelkurs. Das ist das wahre Wesen der FPÖ.

**Die ÖVP hat als Regierungspartei den Nationalen Aktionsplan gegen Antisemitismus vorgelegt, der nun implementiert wird. Wie bewerten Sie diesen Aktionsplan?**

Der Ansatz ist der richtige, aber es könnte schneller gehen. Jetzt wird das

**Wird der Kampf gegen Antisemitismus ewig zu führen sein?**

**Ich hoffe nicht. Ich hätte auch gern einmal Ruhe.**

Verbotsgesetz geändert, wo wir auch eingebunden waren. Der Prozess läuft und ich gehe davon aus, dass am Ende etwas Gutes herauskommt.

**Was soll konkret geändert werden?**

Es geht vor allem um Strafen. Die Strafen bei Wiederbetätigung sind sehr hoch, und das hört sich jetzt komisch an, aber hohe Strafen führen oft dazu, dass Geschworene sagen, er ist schuldig, aber die Strafe wäre zu hoch. Das bringt nichts. Dann geht es auch um die Diskussion um bestimmte Abzeichen und die Frage, ob eine Diversion bei er-

wachsenen Täter\*innen möglich sein soll. Wir und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) sind hier sehr kritisch, was die Frage der Diversion bei Erwachsenen betrifft. Und leider bekommen wir für eine Forderung zwar die Unterstützung der Grünen, aber nicht der ÖVP.

**Was fordern Sie?**

Wir brauchen Aussteigerprogramme. Die Deutschen machen das seit Jahrzehnten. Wir wissen genau, wie das funktioniert und welche Behörden da zusammenspielen müssen. Aber in Österreich schaffen wir kein Aussteigerprogramm, obwohl es ohnehin nur eine kleine Szene gibt. Die ÖVP hat dies leider bisher immer verhindert und gemeint, das sei nicht nötig, Leute, die aussteigen wollen, sollten sich an die Polizei wenden. Wer wendet sich da aber an eine Strafbehörde? Das ist so lächerlich. Wir brauchen eine Aussteigerhilfe, bei der die Polizei, aber auch Einrichtungen wie das AMS und die Gemeinden als Partner eingebunden sind. Betroffene müssen heraus aus ihrem bisherigen Umfeld.

**Und wie sollte man mit dem Rechtsextremismus umgehen, der in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist? Wie könnte hier eine Exit-Strategie aussehen?**

Am besten ist natürlich Information, aber auch das tabulose Ansprechen und Benennen von Rechtsextremismus, egal ob er in der Mitte oder am Rand ist.

*Alexia Weiss, geboren 1971 in Wien, ist freie Journalistin und Autorin. Aktuell schreibt sie v.a. über jüdische und sozialpolitische Themen. In ihrem zuletzt erschienenen Buch „Zerschlagt das Schulsystem ... und baut es neu!“ (Verlag Kremayr & Scheriau) setzt sie sich mit der Frage auseinander, wie eine chancengerechtere Schule nicht nur dem Einzelnen helfen, sondern auch das Fundament für eine gerechtere Gesellschaft bilden könnte.*

**KLIMAKRISE**

# Feuer am Dach

„Wir haben alles probiert, die Politik hat nicht reagiert.“ Die „Letzte Generation“ nützt geschickt die Medienökonomie, um überfällige Klimamaßnahmen der Regierung einzufordern. 60 Wissenschaftler\*innen solidarisieren sich.

TEXT: GUNNAR LANDSGESELL



Druck von der Straße: Trotz der Klimaziele steigen die klimarelevanten Emissionen (bis auf die Corona-Zeit) jedes Jahr. Die Klimaneutralität bis 2040 rückt in weite Ferne.





Die Mikrobiologin Martha Krumpeck am Schwedenplatz. Ihre Sorge, dass Kippunkte das globale Klima entgleisen lassen, teilt auch die UNO.



Anja „Shakira“ Wendl, Aktivistin der „Letzten Generation“. Am Asphalt bleibt manchmal auch ein Stück Haut kleben.

**E**nde Februar, die „Letzte Generation“ setzt ihre Straßenproteste mit einer Aktionswoche in Wien fort. Am Döblinger Gürtel eskaliert die Situation. Ein Lieferwagen will die Blockade durchbrechen, es kommt zum Körperkontakt zwischen Fahrzeug und Aktivistin. Eine Wienerin rastet aus, tritt eine Aktivistin begleitet von derben Flüchen. Ein bulliger Mann steigt aus seinem Audi-SUV mit ausländischem Kennzeichen, attackiert ein Mitglied der „Letzten Generation“, das filmt und schleift mehrere Aktivist\*innen von der Straße. Begleitet wird das von einem wilden Hupkonzert. Als Autos loszufahren versuchen, streckt sich ein Aktivist äußerst riskant auf der Fahrbahn aus. Bange Minuten. Die Situation kommt erst unter Kontrolle, als die Polizei eintrifft und beginnt, den Verkehr auf einer Fahrspur vorbei zu lotsen, während Beamte die Hände festgeklebter Aktivist\*innen von der Straße lösen. Allein an diesen Szenen erkennt man, die „Letzte Generation“ ist mittlerweile öffentlich bekannt. In einer Stadt, in der Staus zum Alltag gehören (über die Südosttangente schieben sich täglich fast 200.000 Autos), steigt das emotionale Level innerhalb weniger Sekunden.

Am gleichen Tag veröffentlicht orf.at eine Umfrage, wie die Bevölkerung zu den Klimaprotesten steht. Das Ergebnis: 58 Prozent der Österreicher\*innen finden es gut, auf die Klimakrise aufmerksam zu machen. Fast die Hälfte der Befragten findet sogar, dass die Forderungen der „Letzten Generation“ berechtigt sind. Das wären Tempo 100 auf der Autobahn, 80 auf der Landstraße und 30 in der Stadt sowie ein sofortiger Stopp von neuen Bohrungen nach Erdöl- und Erdgas. Etwas mehr als die

**„Es ist Feuer am Dach. Wir sind mitten in der Klimakrise.“**

**Jürgen Czernohorszky,  
Klimastadtrat in Wien**

Hälfte der Befragten lehnt es aber ab, sich dafür auf der Straße festzukleben und den Verkehr zu blockieren. Auch daran erkennt man, wie ambivalent die Situation ist: Offenkundig muss die Politik dringend Maßnahmen setzen, um die jährlich steigenden Emissionen an Treibhausgasen zu senken. Aber die Öffentlichkeit, die die „Letzte Generation“ mit ihren kompromisslosen Aktionen geschaffen hat, wird von der Diskussion über die Legitimität der Proteste zum Teil wieder aufgefressen. Diese Ambi-

valenz findet sich selbst beim Wiener Klimastadtrat Jürgen Czernohorszky (SPÖ), der nach eigenen Worten die Anliegen der Proteste mitträgt, aber in einer etwas schiefen Metaphorik meint, „eine festgeklebte Hand kann man nicht ausstrecken.“ Und es erstaunt, wenn er nach bald 30 globalen Klimakonferenzen meint: „Die Politikerinnen und Politiker allein hätten wahrscheinlich die Dringlichkeit nicht erkannt.“ Denn, es sei „Feuer am Dach. Wir sind mitten in der Klimakrise. Jeder, der sagt, es muss mehr getan werden, ist für mich jemand, der uns auch die Kraft gibt, vielleicht auch den notwendigen Tritt in den Allerwertesten, als Politikerinnen und Politiker auch zu liefern.“ Doch nun gehe es darum, „Menschen mitzunehmen“. Aber geht es wirklich darum, Menschen mitzunehmen, wo eine Mehrheit Klimamaßnahmen verlangt? Sind die Aktionen von Gruppierungen wie die „Letzte Generation“, wie „Extinction Rebellion“ oder „Just Stop Oil“ nicht vor allem an die Politik adressiert, endlich zu handeln?

### Alarmsignal für die Politik

Tatsächlich haben drei Viertel der unter 30-Jährigen das Gefühl, ihre Anliegen zum Klimaschutz würden nicht



Immer wieder kommt es Übergriffen auf die Aktivist\*innen, sie werden bespuckt, beschimpft, attackiert. Deshalb warten sie mit dem Kleber, bis sie die Polizeisirenen hören.

ernst genommen. Das ergab eine große Umfrage, die die Bundesjugendvertretung (BJV) kürzlich präsentiert hat. Sabir Ansari, Vorsitzender der BJV, wertet das als „Alarmsignal für die Politik“, die von den Jugendlichen ganz klar in der Verantwortung gesehen wird. „Wir erleben Hitzerekorde im Sommer und Frühlingstemperaturen im Winter. Seit Jahren demonstrieren Jugendliche“, so Ansari. Dennoch schaffe es die Politik in Österreich nicht, Maßnahmen für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu setzen, etwa in Form eines Klimaschutzgesetzes. Deshalb seien „drastische Protestaktionen“ auch verständlich. Die Umfrage deckt sich mit anderen Studien, wonach die größte Sorge bei Jugendlichen das Klima und ihre Zukunft betrifft, während das Vertrauen in die Politik bzw. in die Parteien sich im unteren zweistelligen Bereich bewegt. Eine fatale Konstellation, weil die Jugend offenbar niemand sieht, der Verantwortung übernimmt. Ins gleiche Horn stößt auch Florian Wagner, Sprecher der „Letzten Generation“ in Österreich. Er meint im Gespräch: „Wir haben alles probiert, die Politik hat nicht reagiert. Wir wissen nicht, was wir noch

machen sollen.“ Das entgegne man auch aufgebrachten Bürger\*innen bei den Aktionen. Wagner: „Wir schaffen es immer wieder, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die zuvor noch auf gut Wienerisch geschimpft haben. Und wir fragen sie: Was sollen wir tun? Die Antwort ist dann, man müsse vor dem Parlament demonstrieren, bei der OMV, bei den Bösen. Wir sagen ihnen dann:

### Laut mehreren Umfragen steht die Sorge um das Klima und die Zukunft des Planeten an erster Stelle bei Jugendlichen.

Da waren wir überall. Und offenbar hätten sie das nicht mitgekriegt, weil es niemand gestört hat und deshalb auch die Medien nicht berichtet haben. Viele verstehen das – und ändern ihre Meinung. Außer natürlich die, die rasend vor Wut sind.“

### Wieder Bewegung reingekommen

Florian Wagner ist jemand, der seine Worte bedächtig wählt, kein emotionaler Typ. Er kommt aus dem Waldviertel, wo es einen ziemlichen Freiheitsgewinn bedeutet, ein Auto zu haben, wie

er meint. So wie fast überall am Land. Wie aber ist er selbst zum Klimaaktivisten geworden? Wagner: „Ich habe mit zwölf Jahren mein erstes Referat über den Treibhausgaseffekt gehalten. Zu dieser Zeit tourte Al Gore mit ‚Eine unbequeme Wahrheit‘. Ich habe dann den Bachelor in Agrarwissenschaften auf der BOKU gemacht und danach Mathematik und politische Ökonomie studiert. Die Ambivalenz der Aktionen sei der Gruppe vollkommen bewusst. Wagner: Proteste wie jene in England, von wo die „Letzte Generation“ ausging, waren schon seit Jahren ins Leere gelaufen. Also hätten Leute probiert, das „disruptive Element“ zu steigern, über Sitzblockaden und indem sie sich festklebten. Das sei am effektivsten gewesen. Tatsächlich sei er schon öfters auch aus seinem Umfeld gefragt worden, ob es nicht blöd sei, sich auf der Straße festzukleben. „Mittlerweile sage ich: Ja, natürlich, aber in der Medienlogik in Verbindung mit der Autokultur ist das einfach sehr wirksam.“ Zuerst hätten nur Boulevardzeitungen über die Aktionen berichtet. Das wäre wichtig gewesen. Eine Aktion in der Anfangszeit, bei der keine Zeitung auftauchte, war so, als hätte es sie nie gegeben. Später seien Qualitätsblätter aufgesprungen und hätten mehr inhaltliche Tiefe in die Diskussion gebracht. Mittlerweile zogen einige Politiker\*innen nach, äußerten sich positiv zur Forderung nach Tempolimits. Insofern sei also wieder Bewegung in die Debatte gekommen. Doch Bewegung wohin?

Die Proteste der „Letzten Generation“ stehen selbst in Diskussion, zurecht?







Der Ökologe Franz Essl, zum Wissenschaftler des Jahres 2022 gekürt, sieht die gewaltlose aber „disruptive“ Protestform angesichts dessen, was droht, für legitim an.

## Den Blick schärfen

Als Türöffner zu einer breiten Öffentlichkeit und inhaltliches Hemmnis gleichermaßen erweist sich der Aktivismus. Monatlang waren Tageszeitungen und das Fernsehen vor allem mit der Frage der Legitimität des Protests beschäftigt. Erst die Solidarisierung von 60 prominenten Wissenschaftler\*innen mit der „Letzten Generation“ half, aus dieser Wahrnehmungsnische zu kommen. Initiiert hat das Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik. Während also Teile der Politik (wie Landeshauptfrau Mikl-Leitner im NÖ-Wahlkampf) anstatt auf die inhaltlichen Anliegen zu reagieren, strafrechtliche Konsequenzen forderten, korrigierten Wissenschaftler den Fokus wieder. Am Wiener Praterstern, wo 18 Aktivist\*innen festgenommen wurden, bezeichnete etwa der Biologe Franz Essl, 2022 zum Wissenschaftler des Jahres gewählt, friedliche aber „disruptive Protestformen“ angesichts der dramatischen Klimaentwicklungen als legitim. Und er skizzierte in dramatischen Worten, wohin sich der Planet unter den derzeitigen Vorzeichen bewegt. Die Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 schein kaum noch realistisch. Deshalb sieht auch die Mikrobiologin Martha Krumpeck, Initiatorin der „Letzten Generation“ in Österreich, den „zivilen Widerstand“ als letzte Hoffnung an. Wie eine Welt mit einer globalen Erwärmung von zwei Grad Celsius (die in Österreich schon erreicht wurden) oder drei Grad aussieht, lässt

sich in verschiedenen Szenarien nachlesen. Die berüchtigten Kippunkte könnten das Klima mit verheerenden Auswirkungen tatsächlich „kippen“ lassen. Berechnungen der UNO gehen davon aus, dass ohne ausreichende Reduktion der Emissionen die Erde bereits 2070 ein anderer Planet wäre, als wir ihn kennen. Krumpeck wird also nicht müde zu betonen, dass mit der letzten Generation alle heute lebenden Menschen gemeint sind, die mit ihrem Verhalten das Ruder noch herumreißen kann. In der jungen Generation scheint man daran nicht mehr so recht zu glauben. Deshalb hat sich der Kampf um die Zukunft schon seit einiger Zeit von der Straße auch in

## Der Kampf um die Zukunft findet nun auch juristisch statt. 12 Jugendliche haben beim Verfassungsgerichtshof geklagt.

die Gerichte verlagert. In Deutschland wurde im April 2021 ein bahnbrechendes Urteil verkündet. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Verfassungsklage von neun jungen Menschen, die aufgrund von Versäumnissen der Regierung ihr Recht auf Zukunft eingeklagt hatten. Und Ende Februar klagte die Rechtsanwältin Michaela Krömer im Namen von zwölf Kindern und Jugendlichen beim Verfassungsgerichtshof gegen das unzureichende Klimaschutzgesetz. Bei allem Ärger über die „Klimakleber“, es wäre Zeit, den Fokus wieder schärfen.

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),  
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann (Illustrationen),  
Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria  
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Valentine Auer, Clara Akinyosoye, Florian Gucher,  
Markus Koza, Beverly Mtui, Manfred Nowak, Milena  
Österreicher, Alexander Pollak, Martin Schenk, Annemarie  
Schlack, Philipp Sonderegger, Alexia Weiss, Vina Yun

### COVERBILD:

Karin Wasner

### ARTDIREKTION:

Mitko Javritschew

### LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

### DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

### ANZEIGEN:

Ute Meißnitzer,

ute.meissnitzer@sosmitmensch.at

Telefon: +43 1 524 99 00-16

### ABOS:

Anna Johow, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-18

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

### AUFLAGE:

45.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und Migration

ZVR: 22747570

### SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge  
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von  
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn  
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der  
Fotografien liegen bei den Urheber\*innen.

Falls kein/e Urheber\*in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

## POPULÄR GESEHEN

## Zwischen Blendern und Panzern auf zwei Beinen

Angst ist für autoritäre Politiken ein fatal fruchtbarer Boden. Wie wir deren Grundformen begegnen.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

Mit Sicherheit war die Welt vorher auch nicht sicher, aber jetzt sucht eine gehörige Portion Weltverunsicherung unsere Breiten heim. Angst ist aber nicht gleich Angst. Wir können Virus, Krieg, Teuerung, Klima im psychoanalytischen Sinne der Unterscheidung von Real-, Gewissens- und neurotischer Angst behandeln, wie es der Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer vorschlägt. Probleme entstehen, wenn die Realangst verleugnet, die Gewissensangst lächerlich gemacht und die neurotische Angst gezielt verbreitet wird. Die Realangst wird vom Ich geprüft, das an drei Fronten kämpft: der Außenwelt, dem Über-Ich und dem Es. Die neurotische Angst sorgt sich nicht vor äußeren Gefahren, sondern vor unseren inneren und teils verbotenen Regungen. Da spielen die verdrängten Impulse eine zentrale Rolle. Die Gewissensangst, das Über-Ich, agiert mit zwei Aspekten, dem strafenden Teil, der uns Angst macht, und dem Ich-Ideal, „an dem das Ich sich misst, dem es nachstrebt“ (Sigmund Freud). Nun können wir als Panzer auf zwei Beinen durch die Welt gehen und behaupten, keine Angst zu haben. Diese „kontraphobische“ Variante



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

verleugnet die Realangst und muss die eigene Furchtlosigkeit mächtig inszenieren. Das macht auch ein bestimmter Politikertypus. Oder wir verschauen uns in die jungen Blender, verlieben uns in einen Erlöser, der idealisiert und zu einer inneren Instanz wird, die sogar das Gewissen ersetzen kann.

Das alles ist für autoritäre Politiken ein fatal fruchtbarer Boden. Eine Gesellschaft tut uns nicht gut, „die den Menschen eine Verleugnung der Realität und permanente Verstöße gegen die Stimme ihres Gewissens aufnötigt“, argumentiert Ottomeyer. So gesehen kann Angst ein guter Ratgeber sein, aber nur, „wenn es uns gelingt, unsere neurotisch paranoiden Ängste zu reflektieren und daran zu hindern, in unserem Handeln die Oberhand zu gewinnen“.

In dieser aktuellen Tragödie sind wir im besten Fall Akteure, zumindest tragische Helden, aber sicher nicht gerne auf Dauer ohnmächtige Opfer. Wer in dieser Situation eine Perspektive zu vermitteln vermag, der beginnt, den Strudel aus Ohnmacht und Entfremdung zu durchkreuzen. Ein Anfang wäre das.

## POLIZEIKOLUMNE

## Der Fisch stinkt ...

Werden Polizist\*innen sich an die Regeln halten, wenn der Minister sie ignoriert?

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER  
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.  
Illustration: Petja Dimitrova

An welchen Werten sollen sich Polizist\*innen in ihrer täglichen Arbeit orientieren? Was ist die Kernaufgabe der Polizei? Die an sich erfreuliche Antwort des Innenministers auf diese Fragen findet sich im Leitbild des BMI: „Wir schützen die Grund- und Freiheitsrechte und stellen sicher, dass alle Menschen in Österreich diese wahrnehmen können.“ Das Herz des Menschenrechtlers schlägt höher. Wie es sich für einen EU-Rechtsstaat gehört, werden ausdrücklich alle Menschen auf dem Staatsgebiet genannt. Menschenrechte sind universell. Schon kleine Risse im Sprungtuch machen es wertlos. Darum sind die EU-Staaten ausnahmslos allen Personen auf ihrem Hoheitsgebiet in der Verantwortung.

Schon länger beklagt sich Innenminister Gerhard Karner über die Anzahl der Menschen, die ihr Recht auf Überprüfung von Schutzbedürftigkeit in Anspruch nehmen und in Österreich einen Asylantrag einbringen. Und jetzt schlägt der Innenminister seinen europäischen Amtskolleg\*innen vor, Menschen aus manchen Ländern künftig automatisch abzuschieben – ohne vorher



CLARTEXT

## Waldhäusl ist nur die Spitze des Eisbergs

In Schulen, auf der Straße, in Medien: Auch Jugendliche erleben Rassismus, wie der FPÖ-Politiker Gottfried Waldhäusl zuletzt bewies. Das kann fatale Folgen haben.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

zu klären, ob die Person dort sicher ist. Karner macht keine Gefangenen. Als Beispiel nennt er Indien. Ein Land, in dem die muslimische Opposition systematisch verfolgt wird. Journalist\*innen werden dort mit fabrizierten Anklagen eingesperrt, Menschenrechtsgruppen zugesperrt und Aktivist\*innen vom regierungsnahen Mob gelyncht. Aber der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gilt in Europa absolut. Niemand darf einer solchen Behandlung ausgeliefert werden. Darum muss jeder Fall fair geprüft werden.

Die Republik wurde bereits mehrfach verurteilt, weil sie genau dieses Recht verletzte. Asylsuchende wurden abgeschoben, ohne den Ausgang ihres Verfahrens abzuwarten. Der Verwaltungsgerichtshof hat ein Urteil bestätigt, wonach so genannte „Pushbacks“ „teils methodisch Anwendung finden“. Damit kommt zum Ausdruck, dass dieser Bruch des Folterverbots neben individuellem Fehlverhalten noch andere Gründe hat. Auch einen Innenminister, der seinen Beamt\*innen zu verstehen gibt: Nehmen wir die eigenen Prinzipien nicht allzu ernst.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

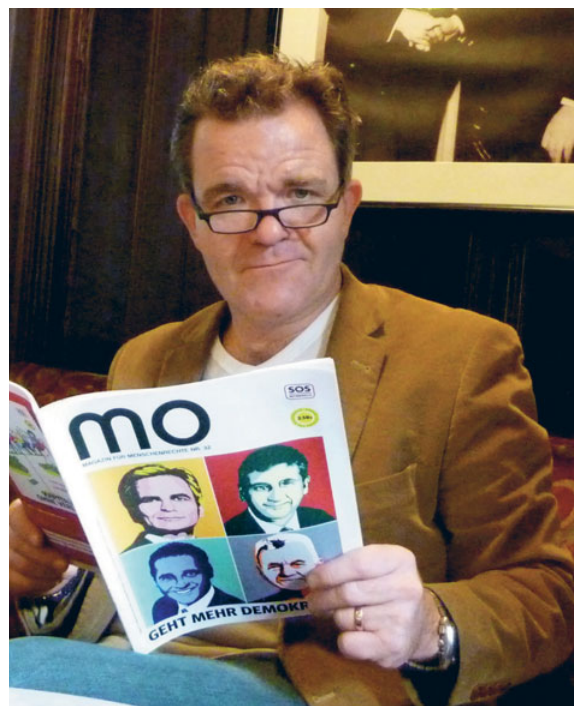
Rassismus ist perfide. Er findet oft versteckt statt, verklausuliert, subtil. So unterschwellig, dass es oft nicht einfach ist, Menschen ohne Rassismuserfahrungen darauf aufmerksam zu machen. Und manchmal ist Rassismus so unverblümt offen, dass ihn jeder und jede erkennen kann. Das war zum Beispiel der Fall, als der FPÖ-Politiker Gottfried Waldhäusl einer 15-jährigen Schülerin aus Wien in einer TV-Diskussion auf Puls24 die Daseinsberechtigung in Österreich absprach.

Wenn Waldhäusls Vorstellungen von Asylpolitik umgesetzt wären, dann wäre sie selbst und viele aus ihrer Klasse nicht da, hatte die Gymnasiastin erklärt und womöglich gehofft, dass man die Dämonisierung von Geflüchteten von Angesicht zu Angesicht nicht aufrechterhalten könne. Doch es geht. „Dann wäre Wien noch Wien“, schleuderte der Politiker ihr entgegen. Viele Medien berichteten kritisch über die Aussage Waldhäusls, bezeichneten sie teilweise auch als das, was sie ist: rassistisch. Was allerdings zu kurz kam und wober wir mehr sprechen müssen, ist, dass Kinder und Jugendliche in diesem Land immer wieder mit Ras-

sismus konfrontiert sind. Sie seien solche Aussagen gewöhnt, hatte die Schülerin gesagt. Eine traurige Wahrheit.

Oftmals sind es Lehrkräfte – aber nicht nur – die mit rassistischen Beleidigungen subtil oder sehr direkt Schülerinnen und Schüler herabwürdigten. Die Folgen können verheerend sein, wie einige internationale Studien bereits gezeigt haben: mehr emotionaler Stress, Depressionen, Angststörungen, Verhaltensprobleme, ein erhöhter Konsum von Alkohol und Drogen und mehr Konflikte mit Gleichaltrigen. Und Rassismuserfahrungen können den Selbstwert verringern: Erniedrigung und Ablehnung in kleinen und großen Dosen führen dazu. Also reden wir über Rassismus: Mit Kindern und Jugendlichen, darüber, wie sie ihn erleben und wie sie sich wehren können. Und mit Erwachsenen darüber, wie sie ihn verhindern können. Denn der Waldhäusl-Sager war nur die Spitze eines Eisbergs.

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechts-  
themen im MO-Magazin  
von SOS Mitmensch  
86 Euro im Jahr wert.  
Ihnen auch?“  
Cornelius Obonya**



#### ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien

**SOS**  
30 Jahre  
**Mitmensch**

**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**



# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Was Kindern jetzt gut tut

Long Covid – mit diesem Begriff könnte man auch jene Folgen aufzählen, die das Covid-Regime ausgelöst hat: die Isolation der Kin-

der, deren Ängste und Sorgen um Verwandte. Psychische Belastungen, die sich zu Störungen ausgewachsen haben. Man verzeichnet bei Kindern und Jugendlichen vermehrt Berührungsängste, Sozialphobien, Panikattacken oder Traurigkeit. Das sind nur einige der Merkmale, die Ulrike Zartler vom Soziologieinstitut der Uni Wien in ihrem Beitrag aufzählt. Die Verwerfungen sind vielfältig. Die Frage ist nun, was es braucht, um die psychische und gesundheitliche Balance der Kinder wieder herzustellen, zumal mit Krieg, Inflation u.a. neue Krisen einwir-

ken. Dafür umreißen in der von Martin Schenk und der Kinderschutzexpertin Hedwig Wöfl herausgegebenen Publikation Expert\*innen die aktuelle Situation und skizzieren notwendige Maßnahmen. Die „gesunde“ Schule ist ein Stichwort, wo es – schon vor der Pandemie – an psychosozialer Unterstützung fehlte – nun um so mehr. Wobei die psychosoziale Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen in ganz Österreich seit Jahren chronisch unterdoziert ist, wie andernorts zu lesen ist. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang

von Caroline Culen von der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit thematisiert: Wie kann gesundes Aufwachsen überhaupt ermöglicht werden? Die Perspektiven führen weiter bis zum Arbeitsmarkt und schließlich zur Pflege. Dazwischen finden sich Essays, die das Thema mit Essays aus der Praxis ergänzen. Ein Buch als Leitfaden, auch für die Politik. (gun)

Martin Schenk, Hedwig Wöfl (Hg.)

**Was Kindern jetzt gut tut.**

**Gesundheit fördern in einer Welt im Umbruch**

Ampuls Verlag, 2022

224 Seiten, 26,90 Euro

## INITIATIVE



### Black History Month

Im Februar fand wieder der Black History Month statt. Auch in Österreich muss Geschichte dekolonisiert werden und die Existenz von Afrikaner\*innen und der Afrikanischen Diaspora sichtbar gemacht werden. Viele Initiativen aus den Schwar-

zen Communities in Österreich haben sich beteiligt: Es gab Workshops, Events, Ausstellungen und Diskussionsrunden, um den Zugang zu diesem Wissen zu erleichtern und eine Brücke des Austauschs zu schlagen. Dementsprechend legt der Black History Month auch das Auge auf die nicht-schwarze Mehrheitsgesellschaft, die eingeladen wurde, sich an den Beiträgen zu beteiligen und sich mit diesen Inhalten auseinanderzusetzen. Eröffnet wurde am 2. Februar mit einer Kick-off-Veranstaltung in der Wiener Hauptbücherei; organisiert vom Black

Austrian Lifestyle Magazin fresh, der Redaktion von freshVibes (Radio Orange 94.0) und der Informationsplattform blackaustria.info. Dabei haben verschiedenste Initiativen ihre Arbeit vorgestellt. Aus den Black Communities waren u.a. der Verein Schwarze Frauen Community auf der Bühne, das Netzwerk Schwarze Mamas reden und der Verein ADOE (Afrikanische Diaspora Österreich); aus der Mehrheitsgesellschaft schilderten das Weltmuseum, das Haus der Geschichte und die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), wie sie Menschen afrikanischer Herkunft

unterstützen und zur Sichtbarkeit ihrer Bemühungen beitragen. Das Event hieß 146 Gäst\*innen willkommen und betonte die Wichtigkeit von diskriminierungsfreier Geschichtsschreibung und Bildung sowie Zusammenhalt und Zusammenarbeit. Der Abend zeigte, wie die Stärke Schwarzer Communities weit über den Black History Month hinausragt und wie wichtig es ist, dass sich das auch in der österreichischen Gesellschaft widerspiegelt. (Beverly Mtui)

# POPULÄRKULTUR

## FILM



### Permissible Dreams

Mit der Schau über Pionierinnen des arabischen Dokumentarfilmkinos bietet das „Österreichische Film-museum“ im kommenden März und April rare Einblicke in das Filmschaffen arabischer Regisseurinnen seit den 1970er-Jahren. Dazu heißt es im Programm: „Für

manche mag es überraschend sein, dass arabische Frauen schon seit der Erfindung des Kinos Filme machten; tatsächlich produzierte Aziza Amir bereits in den 1920ern populäre ägyptische Filme.“ Als Kameras ab den 1960ern leichter verfügbar wurden, wurde Film zu einem Instrument der Emanzipation, während die Welt von anticolonialen Bewegungen geprägt war. Insofern ermöglicht die Filmschau auch Blicke in eine Zeit, die von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägt war, aber auch von einem hoffnungsvollen Geist, die Verhältnisse zu verbessern.

In „The Sahara is Not for Sale“ 1975 reist Jocelyne Saab in die von Marokko besetzte Westsahara und porträtiert die vertriebene westsaharische Bevölkerung und deren Kampf. Seit dem Abzug Spaniens ist das einer der letzten ungelösten Kolonialkonflikte in Afrika.

„Fatma 75“ von Selma Baccar (Tunesien) ist der bekannteste feministische Dokumentarfilm aus dem arabischen Raum. Ein Essayfilm mit kraftvollen Bildern, der Stereotypen über arabische Frauen aufgreift. „The Hour of Liberation has Arrived“ (1974) porträtiert revolutionäre Kämpfer\*innen, die für

Einheit gegen den Imperialismus plädieren.

„Days of Democracy“ (1996) ist das Porträt einer Gruppe von Frauen, die 1995 für das ägyptische Parlament kandidiert haben. Ateyyat El Abnoudy verknüpft ihre Erzählung mit historischen Verweisen auf die Pharaonenzeit mit einer emanzipatorischen Stoßrichtung. Eine Filmschau als Entdeckungsreise.

Im Filmmuseum im März/April. (red)

## BUCH



### Die vierte Gewalt

Die „Clicks“ – Redaktionen achten darauf, ob eine Geschichte genügend Zugriffe hat, nicht zuletzt ist das auch für Inserate relevant.

Precht/Welzer gehen noch weiter und zitieren diese Sätze: „Im Online-Journalismus wird der Leser zum Vorgesetzten des Redakteurs. Der User sagt dem Journalisten, was ihn interessiert.“ Sie stammen von Mathias Döpfner, Springer Verlagschef. Im Zeitalter der Algorithmen hätten sich die Hierarchien eben verschoben. Im Buch wird diese Einschätzung als Bestätigung der „Redundanzmaschine des Online-Journalismus“ gesehen. „Die vierte Gewalt“ gehen zwei bekannte Autoren, die nicht unbedingt für Polarisierung ste-

hen, mit den Entwicklungen des Journalismus hart ins Gericht. Und sorgten mit ihrem Buch durchaus heftige Reaktionen. Denn eine ihrer Thesen ist, dass der Journalismus längst die Bodenhaftung verloren hat und in den Redaktionsstuben eine eigene Realität gebastelt werde. Es würde eine Mehrheitsmeinung fabriziert, auch wenn sie keine ist – wie es im Untertitel heißt. Nun könnte man Precht/Welzer in einer Reihe kritischer Intellektueller wie Noam Chomsky sehen, der in Büchern wie „Manufacturing Consent: The Po-

litical Economy of the Mass Media“ (1988) Medien primär als Systemerhalter sieht. Man könnte aber auch sagen, dass die beiden Autoren mit ihrer Kritik völlig übers Ziel schießen. In diesem Rahmen findet die Rezeption des Buches statt. Wie auch immer: Precht/Welzer haben eine Diskussion angestoßen, die zu führen ist. Wo steht der Journalismus heute? (red)

Richard David Precht, Harald Welzer

**Die vierte Gewalt.**

S. Fischer Verlag 2022  
288 Seiten, 23,50 Euro



# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Nadel und Folie

„Gewidmet den drogengebrauchenden Menschen. Peace on Drugs!“, heißt es in der Dedikation der jüngsten Graphic Novel von Luka Lenzin, nonbinärem Illu-

strator\*in und Musiker\*in in Hamburg. Ebendort war Lenzin fast zehn Jahre lang in einer Drogenberatungsstelle tätig und schmiss als Hilfskraft im Hintergrund den Laden. „Nadel und Folie“ ist inspiriert von den Erfahrungen aus jener Zeit und der Praxis der akzeptierenden Drogenarbeit, der Gegenbewegung zur abstinenz-orientierten, bevormundenden Arbeit mit Konsument\*innen illegalisierter Substanzen.

„Dokufiktional“ bezeichnet Lenzin seinen\*ihren Comic, in dem persönlicher Essay, Reportage und Sachlektüre

ineinandergreifen: Der wuselige Alltag in einer Drogenanlaufstelle, die historische Rolle deutscher Pharmaunternehmen bei der industriellen Produktion von Kokain und Heroin, die rassistische Konstruktion des „ausländischen Drogendealers“ – bei all den komplexen Themenfeldern, die hier gestreift werden, rückt Lenzin stets jene Menschen in den Fokus, die die Folgen repressiver Drogenpolitik, die in Kriminalisierung, angelernter Sorge und fehlinformierter Angst mündet, am eigenen Leib zu spüren bekommen. Dabei sind es

höchst unterschiedliche Lebenswege – vom Asylsuchenden bis zur Kranführerin –, die Lenzin hier mit sprödem Strich und in Schwarzweiß nachzeichnet. „Nadel und Folie“ ist ein hochpolitisches wie empathisches Plädoyer für einen anderen – normalisierenden – Umgang mit Drogen. Vor allem aber mit den Menschen, denen als „Süchtige“ allzu oft mit Strafe begegnet wird. (Vina Yun)

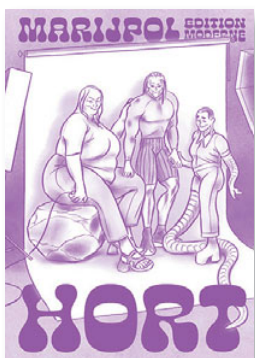
Luka Lenzin

**Nadel und Folie**

Reprodukt 2022

168 Seiten, 24,70 Euro

## BUCH



### Hort

Petra ist ultramuskulös und gewinnt einen Bodybuilding-Wettbewerb nach dem anderen. Ulla, die „dicke Riesin“, überragt ihre Umgebung. Denise hat sich zum

Mensch-Tier-Hybrid modifizieren lassen. Die drei besten Freundinnen fallen auf, obwohl die Welt in naher Zukunft von „Freaks“ bevölkert ist: Eltern lassen Neugeborenen per Genmanipulation ein Katzenfell wachsen, Menschen laufen mit dekorativen Noppen am Kopf. Und dennoch erregen Petra, Ulla und Denise Aufmerksamkeit. Denn wer als „Frau“ gelten will, muss weiterhin bestimmte Erwartungen erfüllen. Als die Frauen auf drei verwaahlte Kinder treffen, geraten ihre Gefühle in Bewegung: Keine von ihnen ist eine typische Mutter-

figur – und doch fühlen sie sich für die Kleinen verantwortlich.

Marijpol's (aka Hamburger Comic-Künstlerin Marie Pohl) neueste Graphic Novel ist durchgängig im feministischen lila Farbton gehalten. Auch die Haptik macht was her – das eingestanzte Muster des Bucheinbands erinnert an Reptilienhaut. Dabei wird in „Hort“ schnell klar: Bizarr sind nicht die Charaktere und ihre äußere Erscheinung, sondern die Trennung zwischen dem, was wir als natürlich oder unnatürlich, weiblich oder nicht-weiblich betrachten. Oder auch,

dass Frausein, Muttersein und Mütterlichkeit selbstverständlich eins sein sollen. Und so entlarvt die Erzählung so manches Klischee im Kopf: Wie stellen wir uns Frauen vor, die keine Kinder wollen? Wie solche, die Kinder haben? Warum assoziieren wir Fürsorglichkeit primär mit Weiblichkeit? Und wie viel Ambivalenz in Sachen Mutterschaft ist in unserer Gesellschaft erlaubt? (Vina Yun)

Marijpol

**Hort**

Edition Moderne 2022

368 Seiten, 28,80 Euro

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Wie wir nicht sind

Ein Zufall hat Osama Abu El Hosna zum Autor dieses Buches gemacht. Beim Terroranschlag am Wiener Schwedenplatz arbeitete der 24-Jährige gerade bei McDonalds und schleppte einen

schwer verletzten Polizisten aus der Schusslinie. Zivilcourage, aber noch mehr: Osama ist in den besetzten palästinensischen Gebieten im Flüchtlingslager Dschabaliya aufgewachsen. Als er die Schüsse hörte, erinnerte ihn das an ein bekanntes Geräusch. Er handelt. Die Struktur des Buches folgt der emotionalen Geographie des jungen Mannes. Zwischen Ausnahmesituation und Alltag. Bücher wie diese gibt es nicht oft, v.a., weil Geflüchteten selten diese Aufmerksamkeit zuteil wird. Die Biographie Osamas ist einzigartig, so wie die jedes Menschen – Kindheitserinnerungen an

Gaza, die Oma, die Freunde, auch an tote Freunde –, die Erfahrungen in Österreich zwischen Unterstützung und Ablehnung hingen nicht. Wien erlebt Osama offener als andere Orte in Österreich. Die Zeit im Hamerlingpark, Ballspiele, ein geduldiger Deutschlehrer, eine gefahrlose Zeit bezeichnet er als die glücklichste, an die er sich zurückerinnern kann. Es sind auch Einblicke in eine Generation, die ihre „Chance“ in der Fremde nützen will. Anders als der Vater, der in Palästina Englischlehrer war und im Exil keine Arbeit findet. Der Sohn hingegen schlägt sich mit Jobs wie in

einer Fastfood-Kette durch. Der Alltagsrassismus begleitet ihn. Jüngst berichtete der „Falter“, wie Osama und sein Bruder unschuldig ins Visier der Grossrazzia „Operation Luxor“ gerieten. Obwohl das Terror-Verfahren eingestellt wurde, beschied die MA 35 den beiden Staatenlosen, dass sie keine Chance auf Einbürgerung haben. Von der Polizei kürzlich noch ausgezeichnet, nun zum Paria erklärt. (red)

Osama Abu El Hosna

**Wie wir nicht sind. Mein Plädoyer gegen Vorurteile**

Edition a 2021

208 Seiten, 20 Euro

## INITIATIVE



### Shelter for Ukrainian Artists

„Office Ukraine“ steht hilfesuchenden Personen aus dem kulturellen Umfeld der Ukraine sowohl online

als auch vor Ort als Vermittlungsstelle zur Verfügung. Primäre Intention der vom BMKÖS geförderten Kunst- und Hilfsinitiative mit Büros in Wien, Graz und Innsbruck ist es, ukrainischen Kulturschaffenden die Arbeit in ihrem künstlerischem Feld in Österreich zu ermöglichen. Bisher wurde das Team von Office Ukraine, das sich für ukrainische Künstler\*innen rasch als spezialisierte Anlauf- und Schnittstelle für kulturellen Support, Informationsaustausch und die Vernetzung mit österreichischen Kunst-

institutionen, Initiativen und der Zivilgesellschaft etabliert hat, von ca. 900 ukrainischen Kulturschaffenden aller Sparten kontaktiert. Die bisher über 300 Hilfsangebote von österreichischer Seite umfassen neben Einladungen zur Teilnahme an Ausstellungen, Konzerten und Auftritten u. a. auch Wohnraum, Artists Residencies, Ateliers, Rechtsberatung, Jobs und Mentoring. Um weiterhin helfen zu können, ruft Office Ukraine die heimische Zivilgesellschaft und Kunstszene zur solidarischen Unterstützung der ukrainischen Kul-

turschaffenden auf: Neben Anfragen zu Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten besteht derzeit große Nachfrage nach leistbaren Wohn- und Arbeitsräumlichkeiten. *Für rasche Unterstützung in Notfällen hat Office Ukraine ein Spendenkonto eingerichtet. Spender\*innen erhalten aus einer eigens produzierten Serie von Baumwolltaschen mit Sujets von sechs ukrainischen Künstler\*innen eine Tasche ihrer Wahl.* (Bild: Taschen von Lera Elur und Maria Ruban)

[www.artistshelp-ukraine.at/de](http://www.artistshelp-ukraine.at/de)



# POPULÄRKULTUR

**BUCH**



## Armut

Eigentlich wollte Daniela Brodesser das Thema „Armut“ auf struktureller Ebene bearbeiten. Doch dann merkte sie, dass es ganz konkrete Geschichten, so genannte „Schicksale“ sind, mit denen

es am besten gelingt, so eine Situation nachvollziehbar zu machen. Brodesser, gelernte Bürokauffrau aus Linz, ist mit ihrer Familie in Armut geraten, wie das vielen Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen passiert. Irgendwann entschied sie sich, darüber zu sprechen. Auch öffentlich. Zuerst in Interviews, nun auch in diesem Buch. Die klare Sprache, die klar formulierten Gedanken von Brodesser sind es, die einen für dieses Thema und – eben – für ihre Geschichte einnehmen. Es gelingt aus der konkreten Situation allgemeine Problematiken abzuleiten. 17 Prozent, schreibt Brodesser,

sind in der österreichischen Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Gerade weil man bei Armut zuerst an alltägliche Dinge des Lebens wie Heizung oder Ernährung denkt, oder auch an das Stadtviertel, in dem jemand lebt, ist es aufschlussreich, dass die Autorin die blinden Stellen aufzählt – die sozialen „Zwischenräume“, die einen als betroffene Person schmerzen, während sie anderen vielleicht gar nicht auffallen. Was braucht es, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Und was heißt es, wenn man das nicht mehr kann? Brodesser beschreibt das alles sehr konkret und sie

macht deutlich, welche psychischen Begleiterscheinungen materielle Not mit sich bringen. Sie erzählt, wie es in ihrer Familie kam, armutsgefährdet zu werden, wie man sich ohne Job schließlich in einem Raster der Politik wiederfindet und was in unserer Gesellschaft mit „Leistung“ gemeint ist. – Arbeitsminister Kocher lieferte jüngst einen Einblick dazu. „Armut“ vergisst aber auch nicht, Perspektiven aufzuzeigen. Hilfreich, aufschlussreich. (red)

Anja Wicki

**in Ordnung**

Edition Moderne 2022

208 Seiten, 24,70 Euro

**BUCH**



## 3 Grad mehr

„Ihr brennt doch sowieso, auch wenn wir nicht tanzen“. Der wütende Kommentar eines Opernballbesuchers, der von AktivistInnen der „Letz-

ten Generation“ vor der Wiener Oper aufgehalten wurde, hat – ihm vermutlich nicht bewusste – Dringlichkeit: Erstens befindet sich die Erde auf dem Pfad zu einer globalen Durchschnittstemperatur von drei Grad Celsius; zweitens liegen die Kippunkte des Klimasystems bereits bei 1,5 Grad Celsius und drittens wird die gesamte Menschheit betroffen sein, nicht nur Klimaaktivisten. Die Auswirkungen von 1,2 Grad mehr kennen wir bereits, „3 Grad mehr“ zeigt, was uns als Menschheit ziemlich bald bevorsteht, sollten

wir auf diesem Pfad bleiben: „Ich bin nicht sicher, ob das halbwegs zivilisierte Zusammenleben der Menschen, wie wir es kennen, unter diesen Bedingungen noch Bestand haben wird“, schreibt etwa Stefan Rahmsdorf, einer der führenden Klimaforscher. Noch ist nicht alles verloren. In dem Buch geht es fundiert und verständlich ebenso um Antworten auf die Klimakrise, die sofort umsetzbar sind: Eine regenerative Landwirtschaft etwa, die Entsiegelung von Böden, den Erhalt von Feuchtgebieten und die Wiedervernässung von Mooren.

Die 13 Autor\*innen machen außerdem deutlich, dass nur naturbasierte Barrieren vor dem Klimakollaps schützen werden, denn im Kern ist die Klimakrise Ausdruck der Zerstörung unserer Biosphäre. Keine angenehme Lektüre, weil man plötzlich versteht, dass es kein Zurück zu einem stabilen Klima geben wird. Es geht jetzt darum, das Schlimmste zu verhindern. (cat)

Klaus Wiegandt (Hg.)

**3 Grad mehr**

Oekom Verlag 2022

352 Seiten, 25 Euro

## ANDERE ÜBER...

# Im Gefängnis für Hilfsbereitschaft?

Allein in Griechenland stehen derzeit 22 Seenotretter\*innen vor Gericht. Die Kriminalisierung der Hilfe für Menschen, die zu ertrinken drohen, ist besorgniserregend.

KOMMENTAR: ANNEMARIE SCHLACK

**S**tellen Sie sich vor, ein Autounfall passiert vor Ihrem Haus. Sie sehen jemanden am Straßenrand liegen, der offensichtlich Ihre Hilfe braucht. Was würden Sie zuerst überprüfen, den Puls oder den Reisepass?

Die Antwort ist für die meisten offensichtlich. Dennoch werden in Europa immer mehr Menschen strafrechtlich verfolgt, weil sie Menschen in Not helfen.

Der wohl bekannteste Fall ist der Prozess gegen Seán Binder, einem ausgebildeten Rettungstaucher aus Deutschland, und Sarahardini, einer syrischen Geflüchteten und Aktivistin, deren Geschichte den Netflix-Film „The Swimmers“ inspirierte.

Sie stehen aktuell zusammen mit 22 anderen Seenotretter\*innen in Griechenland vor Gericht. Im Falle eines Schuldspruchs drohen ihnen bis zu 20 Jahre Haft. Ihr angebliches „Verbrechen“ war nichts anderes als die Hilfe für Menschen, die in der Ägäis zu ertrinken drohten.

Schon 2018 wurden Binder und Sarahardini unter zahlreichen Anschuldigungen

festgenommen, darunter Schmuggel, Spionage und unrechtmäßige Nutzung von Funkfrequenzen. Sie verbrachten mehr als 100 Tage im Gefängnis, bis sie auf Druck von Amnesty International und anderen Organisationen gegen Kaution freigelassen wurden.

Dieses Vorgehen der griechischen Behörden macht deutlich, dass die bis zum Äußersten gehen, um humanitäre Hilfe zu verhindern und Migrant\*innen davon abzuhalten, an den Küsten des Landes Schutz zu suchen – etwas, das wir in zahlreichen europäischen Ländern beobachten können.

Die Politik spricht oft vom „Pull-Faktor“ und behauptet, dass Seenotrettung und humanitäre Hilfe Migrant\*innen indirekt dazu ermutigt, das Risiko der Überfahrt auf sich zu nehmen. Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, entschieden sich vermeintlich dafür, ihr Leben zu riskieren und das Mittelmeer zu überqueren, weil sie möglicherweise von NGOs gerettet werden.

Für mich ist dieses Argument aus der Luft gegriffen. Es gibt absolut keinen



Illustration: Petja Dimitrova

Zusammenhang zwischen der Präsenz von Rettungskräften und der Zahl der Menschen, die versuchen, irregulär das Mittelmeer zu überqueren. Es besteht jedoch ein Zusammenhang zwischen der Zahl von Geflüchteten und Krieg, Verfolgung und extremer Armut. Die Unterbindung von Rettungseinsätzen hält Menschen nicht davon ab, gefährliche Reisen zu unternehmen. Sie macht diese Reisen nur noch gefährlicher.

Die strafrechtliche Verfolgung von humanitärer Hilfe zielt darauf ab, die Rettung von Leben zu kriminalisieren. Menschen zu helfen, denen in einem der tödlichsten Seewege Europas das Ertrinken droht, und ihnen an der Küste beizustehen, ist kein Verbrechen. Jemandem in Not zu helfen, ist das einzig Richtige, was man tun kann.

*Annemarie Schlack ist seit 2016 Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich. Sie hat Rechtswissenschaften an der Universität Graz und Conflict Resolution an der University of Bradford studiert. Sie war lange für SOS Kinderdorf tätig.*





Holen Sie sich ein  
**SOLI ABO**  
Menschenrechte stärken,  
Qualitätsjournalismus genießen



Einfach Abo bestellen unter:  
[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)





**Meine  
Jubiläumsspende,  
denn**

**UNRECHT**

**braucht Widerstand!**



**[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)**

**SOS**  
30 Jahre  
Mitmensch